



## Presseschau vom 13.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

**Daniele Pozzati: #EinenPanzerFürPutin: So lästern Italiener über den Informationskrieg gegen Russland**

Seit Beginn des Ukraine-Konfliktes hetzen Italiens Medien und Politiker wie nie zuvor gegen Russland. Mit dem Effekt erheblichen Widerstands: Tausende Italiener wenden sich täglich mit Briefen "Nicht in unserem Namen" an die Russische Botschaft. Und auch in sozialen Netzwerken herrscht eine Pro-Russland-Satire. ...

<https://kurz.rt.com/2wyn> bzw. [hier](#)

**Maxim Chwatkow: Der Preis der Politik: Was passiert, wenn der Westen wirklich auf russisches Gas verzichtet?**

Litauen erklärte als erstes EU-Land den vollständigen Verzicht auf russisches Gas. Gleichzeitig gibt es in der Europäischen Union keine einheitliche Position in der Frage, ob es realistisch ist, ein vollständiges Embargo gegen russische Gasimporte zu verhängen. ...

<https://kurz.rt.com/2wzd> bzw. [hier](#)

**Dagmar Henn: Seine Demütigung wäre für Steinmeier die Gelegenheit, die Wahrheit zu sagen**

Obwohl er möchte, darf Bundespräsident Steinmeier nicht zu Selenskij – weil er zu "russenfreundlich" sei. Jetzt könnte er, der ja den ukrainischen Schlamassel mitgeschaffen hat, auspacken und das hässliche Antlitz der ukrainischen Wirklichkeit enthüllen. Aber wird er das tun? ...

<https://kurz.rt.com/2x00> bzw. [hier](#)

**de.rt.com: Chinesischer Botschafter: NATO wurde zum "Auftragskiller Nummer 1" im Dienste Washingtons**

Der Botschafter Chinas in Russland, Zhang Hanhui, skizzierte in der Zeitung "Komsomolskaja Prawda" seine Sicht auf die Weltlage. Der Artikel trägt den Titel "Die Hegemonie und Machtpolitik des Westens sind eine Quelle der Instabilität in der Welt". ...

<https://kurz.rt.com/2x1c> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

**22:00 de.rt.com: Kanzler Scholz im Gegensatz zu Bundespräsident Steinmeier in Ukraine eingeladen**

Bundeskanzler Olaf Scholz ist nach Kiew eingeladen worden. Dies erfolgt, nachdem die Ukraine einen Besuch des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier abgelehnt hatte. Dies erklärte der ukrainische Botschafter in Berlin Andrei Melnik auf ProSieben und Sat.1:

"Das haben wir auch so kommuniziert, dass mein Präsident und die Regierung sich darauf sehr freuen würden, wenn der Bundeskanzler Olaf Scholz Kiew besucht."

Bei dem Besuch solle es darum gehen, wie Deutschland der Ukraine mit schweren Waffen im Kampf gegen Russland helfen kann. "Darauf freut sich mein Präsident", so Melnik.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6255d839b480cc0b045a27c6.jpg>

## 22:08 de.rt.com: **Kirgistan berichtet über den Einsatz von Mörsern durch Tadschikistan an der Grenze**

Nach Angaben des kirgisischen Grenzschutzes ignorierte ein tadschikischer Grenzschutzbeamter die Aufforderung anzuhalten und drang 20 Meter in kirgisches Gebiet ein. Es kam zu einem Schusswechsel mit Mörsern. Tadschikistan äußerte sich bisher nicht zu dem Vorfall.

Ein kirgisischer Soldat ist bei einem Schusswechsel zwischen kirgisischen und tadschikischen Grenzsoldaten verwundet worden. Dies teilte der Grenzschutzdienst des staatlichen Komitees für nationale Sicherheit Kirgistan mit. In dem Bericht heißt es:

"Am 12. April 2022 kam es auf dem kirgisisch-tadschikischen Abschnitt der Staatsgrenze zu einem Zwischenfall, bei dem Waffen eingesetzt wurden. Ein kirgisischer Grenzschutzbeamter war in der Gegend von Selkana im Bezirk Leilek im kirgisischen Gebiet Batken im Einsatz. Tadschikische Grenzsoldaten erschienen auf dem angrenzenden Gebiet, und als sie die kirgisischen Soldaten sahen, bewegten sie sich weiter in Richtung der bedingten Staatsgrenze. Die kirgisische Grenzpatrouille ignorierte ihre Aufforderung, anzuhalten und sich von der Trennungslinie auf ihr eigenes Gebiet zu entfernen, und überquerte die Grenze 20 Meter in kirgisches Gebiet hinein."

Die kirgisische Seite "musste Warnschüsse abgeben, um die tadschikischen Grenzsoldaten daran zu hindern, tiefer in das Gebiet vorzudringen". Der kirgisische Grenzdienst fügte hinzu: "Daraufhin eröffneten tadschikische Grenzschutzbeamte das Feuer auf kirgisische Grenzschutzbeamte."

Demnach war ein tadschikischer Soldat bei dem Vorfall durch Schüsse verwundet worden. Später berichtete der kirgisische Grenzschutzdienst der Zeitung 24.kg von einem zweiten Schusswechsel in der Gegend, der 30 Minuten gedauert habe. Nach ihren Angaben begann die tadschikische Seite, das kirgisische Dorf Dostuk mit Mörsern zu beschießen.

Die tadschikischen Behörden äußerten sich bisher nicht zu dem Vorfall.

Eine weitere Eskalation an der kirgisisch-tadschikischen Grenze dauert seit Ende Januar an, als bei einem Feuergefecht zwischen Grenzsoldaten zwei tadschikische Soldaten getötet und sechs weitere verwundet worden waren, während acht kirgisische Soldaten verletzt worden waren.

Die Delegationen Tadschikistans und Kirgistan einigten sich daraufhin auf einen vollständigen Waffenstillstand an der Grenze und den Abzug zusätzlicher Truppen und Ausrüstung, die zuvor am Konfliktort stationiert gewesen waren. Trotzdem kam es an der Grenze weiterhin zu gelegentlichen Schusswechseln.

In den letzten Jahren war es an der tadschikisch-kirgisischen Grenze mehrfach zu bewaffneten

Zusammenstößen gekommen. Der letzte größere Zusammenstoß fand Ende April letzten Jahres statt. Auslöser des Konflikts war die Installation von Kameras auf umstrittenem Gebiet – in der Nähe der Wasserverteilungsstelle Golownoi. Infolgedessen griffen die Militärs beider Länder ein.

Mehr als 180 kirgisische Staatsbürger wurden nach Angaben des Gesundheitsministeriums bei dem Konflikt verletzt. 34 Menschen starben. Tadschikistan legte keine offiziellen Zahlen zu den Opfern des Konflikts vor.

Die Grenze zwischen Kirgistan und Tadschikistan ist 970 Kilometer lang. Es gibt keine Einigung über 460 Kilometer, sodass es regelmäßig zu Konflikten kommt, wenn beide Staaten ihre Ansprüche auf einen bestimmten Abschnitt geltend machen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6255cdc148fbef53110f69c1.jpg>

### 22:39 de.rt.com: **OPEC: Keine Alternative für russisches Öl**

Die USA, Großbritannien und die EU planen ein Embargo gegen russische Energieträger. Dies könnte katastrophale Folgen haben, warnt die OPEC. Es sei zudem "nahezu unmöglich", russisches Öl zu ersetzen.

Der Generalsekretär der OPEC Mohammed Barkindo hat die EU am Montag davor gewarnt, dass laufende und künftige Sanktionen gegen Russland eine der schwersten Ölversorgungskrisen in der Geschichte auslösen könnten. Etwa sieben Millionen Barrel russisches Rohöl pro Tag würden dem Weltmarkt als Ergebnis von Embargos und anderen Handelseinschränkungen gegen Russland verloren gehen, erklärte er. Russisches Öl zu ersetzen, sei unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Bedarfs "nahezu unmöglich". Die derzeitige Volatilität des Ölmarkts führte der OPEC-Generalsekretär auf politische Faktoren zurück. Im Gegensatz zu Angebot- und Nachfrageschwankungen seien dies "nichtfundamentale Faktoren", die "komplett außerhalb" der Kontrolle der OPEC lägen. Barkindo forderte die EU zu einem "realistischen" Umgang mit der Energiewende auf. In der vergangenen Woche hatte das Europäische Parlament einen sofortigen und vollständigen Importstopp für russisches Öl, Gas und nukleare Brennstoffe gefordert und sich damit den USA und Großbritannien angeschlossen. Im Gegensatz zu ihnen importiert die Union allerdings einen Großteil ihrer Energieträger aus Russland.

Obwohl die USA versprochen, Versorgungsengpässen mit Flüssiggaslieferungen entgegenzuwirken, sind die meisten europäischen Flüssiggasterminale bereits voll ausgelastet. Experten warnen jetzt schon vor möglichen katastrophalen Folgen eines Importstopps der russischen Energieträger. Insbesondere Deutschland drohe ein Ausfall ganzer Industriezweige. Der österreichische Energiegigant OMV kündigte an, dass ein Importstopp des russischen Gases für Österreich unmöglich sei. Auch Ungarn und die Slowakei machten deutlich, dass sie das Embargo ignorieren werden, um ihre eigene Energieversorgung sicher zu stellen.

Nicht nur Öl und Gas sind vom Konflikt in der Ukraine betroffen. Russland und die Ukraine produzieren zusammen ein Drittel des weltweiten Weizenexports und sind wichtige Exporteure für Sonnenblumenöl und Düngemittel. Vor diesem Hintergrund erreichten die Lebensmittelpreise einen historischen Höhepunkt, und zahlreiche Länder und Nichtregierungsorganisationen warnen vor Lebensmittelknappheit.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625594c148fbef4fff3e2c6f.jpg>

22:45 de.rt.com: **LVR-Behörden beginnen im April mit Auszahlung von Renten in befreiten Gebieten**

Die Regierung der Volksrepublik Lugansk (LVR) hat am Dienstag beschlossen, ab April Renten an die Bewohner der befreiten Siedlungen im Bezirk Slawjanoserbsk zu zahlen. Die Rentenauszahlung wird "innerhalb der Grenzen der administrativ-territorialen Unterordnung erfolgen, die zum Stand des 19. Februar 2022 nicht unter der Kontrolle der Organe der Staatsgewalt der Republik standen".

22:55 de.rt.com: **Airbus wird zwei bereits gekaufte Flugzeuge nicht an Aeroflot liefern**

Airbus wird Aeroflot nicht mit zwei Airbus A350-Flugzeugen beliefern, die Ende 2021 verkauft, aber nicht an die russische Fluggesellschaft übergeben wurden. Auch das dafür erhaltene Geld wird aufgrund von Sanktionen nicht zurückerstattet.

Unterdessen spricht sich der Flugzeughersteller Airbus gegen ein Embargo über Titan aus Russland aus. Der Konzern betont, dass solche Sanktionen zwar der Produktion im Westen, aber kaum der russischen Wirtschaft schaden würden. Laut Reuters erklärte dies Airbus-CEO Guillaume Forey vor Aktionären des Konzerns.

**vormittags:**

7:05 de.rt.com: **Russische Botschaft in den USA: Washingtons Behauptung über möglichen Chemiewaffeneinsatz durch russisches Militär ist leeres Geschwätz**

Die russische Botschaft in Washington hat die Äußerungen des Sprechers des US-Außenministeriums Ned Price über einen möglichen Einsatz von Chemiewaffen durch Russland in der Ukraine als haltlos und provokativ bezeichnet. In einem Kommentar, der am Dienstag im Telegram-Kanal der diplomatischen Vertretung veröffentlicht wurde, heißt es: "Wir wurden auf die provokativen Äußerungen des Sprechers des Außenministeriums, Ned Price, während eines Briefings am 12. April aufmerksam gemacht, in denen er die Möglichkeit des Einsatzes chemischer Waffen durch unser Land im Zusammenhang mit dem angeblichen Scheitern der militärischen Sonderoperation in der Ukraine erwähnte. Ned Price hat sich wieder einmal mit leerem Geschwätz hervorgetan, für das es keinen einzigen Beweis gibt."

"Die russischen Streitkräfte führen die ihnen zugewiesenen Aufgaben auf ukrainischem Territorium erfolgreich aus."

Weiter wies die Botschaft darauf hin, dass die russischen Streitkräfte "nicht über chemische Kampfstoffe verfügen und auch nicht verfügen können", da Moskau bereits im Jahr 2017 alle Chemiewaffenbestände vernichtet hat. Weiter hieß es:

"Die vom russischen Verteidigungsministerium bestätigten Daten, wonach ukrainische Extremisten Provokationen mit Chemikalien vorbereiten, geben Anlass zur Sorge. Wir haben auch Fragen über die Herkunft dieser Stoffe."

"Wir fordern Washington dringend auf, die Verbreitung von Desinformationen einzustellen. Stattdessen täten unsere Kollegen gut daran, den Prozess der chemischen Entmilitarisierung ihres Landes zu beschleunigen. Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor das einzige Land, das dem Chemiewaffenübereinkommen zwar beigetreten ist, seinen internationalen Verpflichtungen aber nicht nachkommt. Das US-amerikanische Waffenarsenal dieser Art stellt eine echte Bedrohung für die Menschheit dar."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625655acb480cc0b045a27d9.jpg>

#### 7:25 de.rt.com: **Selenskij schlägt Moskau Kriegsgefangenenaustausch gegen inhaftierten Oppositionsführer Medwedtschuk vor**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat in einer Videobotschaft am Mittwoch vorgeschlagen, Wiktor Medwedtschuk, den ukrainischen Oppositionsführer und Vorsitzenden der Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben", gegen ukrainische Kriegsgefangene auszutauschen.

Selenskij's Angaben zufolge sei Medwedtschuk 48 Tage lang untergetaucht gewesen und beim Versuch, das Land zu verlassen, gefasst worden

**Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: In Mariupol haben weitere 1009 Soldaten der Ukraine, die sich entschieden haben ihr Leben zu bewahren und sich der Truppengruppierung der DVR zu ergeben, die Waffen niedergelegt.**

**Wir erinnern daran, dass weiter der spezielle Telegram-Bot „Auf die Seite der DVR übergehen“ aktiv ist, mit dessen Hilfe Soldaten der Streitkräfte der Ukraine alle notwendige Hilfe beim Übergang auf die Seite der RF, der DVR und der LVR erhalten können.**

#### 8:20 de.rt.com: **Kadyrow: Mehr als 1.000 ukrainische Marinesoldaten ergeben sich in Mariupol**

Mehr als tausend ukrainische Marinesoldaten sollen sich nach Angaben des Oberhauptes der

russischen Teilrepublik Tschetschenien Ramsan Kadyrow in Mariupol ergeben haben. Er schrieb in seinem Telegram-Kanal:

"Mehr als eintausend Marinesoldaten der ukrainischen Armee haben sich heute in Mariupol ergeben. Unter ihnen sind Hunderte von Verwundeten. Das ist die richtige Entscheidung." Kadyrow zufolge zerfallen die ukrainischen Truppen eine nach der anderen, "denn der Widerstand ist zwecklos". Es gebe nur noch einzelne kleine Gruppen, die "aus irgendeinem Grund Angst haben, mit einer weißen Fahne vor die russischen Truppen zu treten". Er appellierte an die ukrainischen Soldaten:

"Es gibt keinen Grund, Angst zu haben. Denken Sie an Ihre Verwandten, an die Verwundeten, an Ihr eigenes Leben und das anderer Menschen und daran, wie eine verirrte Kugel eine Tragödie nach Hause bringen kann."

Das tschetschenische Oberhaupt wies außerdem darauf hin, dass es in den Reihen der restlichen ukrainischen Truppen in Mariupol etwa 200 Verwundete gebe, die nicht medizinisch versorgt werden könnten. Kadyrow betonte, dass es für sie besser wäre, die Pattsituation zu beenden und nach Hause zurückzukehren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62566c3fb480cc73077016e8.jpg>

### 9:10 de.rt.com: **Sacharowa: Aussagen über eine angebliche Bedrohung Schwedens und Finnlands durch Russland sind Propaganda und Provokation**

Äußerungen über eine angebliche Bedrohung Schwedens und Finnlands durch Russland seien Propaganda und eine Provokation und dienen den Interessen der NATO. Das verkündete die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa. Sie betonte am Mittwoch gegenüber Radio Sputnik:

"Diese Aussagen sind unintelligent. Sie beruhen nicht auf Fakten, sondern auf Propaganda und Provokation. Sie dienen nicht den Interessen der Völker dieser Länder und dienen den Interessen der von den USA geführten kollektiven Nordatlantischen Allianz."

Damit kommentierte sie die Worte der schwedischen Außenministerin Ann Linde, die zuvor erklärt hatte, dass es nicht akzeptabel sei, dass "Russland Schweden und Finnland in irgendeiner Weise bedroht".

In diesem Zusammenhang wies Sacharowa darauf hin, dass es falsch sei, solche Aussagen "als eine individuelle, unabhängige Meinung" zu betrachten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62567100b480cc54eb30bb1e.jpg>

### 9:29 de.rt.com: **Gesprächsaufzeichnung wirft Fragen zum Tod eines pro-russischen Ex-Rada-Abgeordneten in Butscha auf**

In der Sache des ukrainischen Butscha ist ein weiteres Detail aufgetaucht: Ein dort wohnhafter ehemaliger Abgeordneter wurde wohl ermordet – was die ukrainische Seite jüngst den russischen Truppen anlastete. Neu aufgetauchte Gesprächsaufnahmen sind ein starkes Indiz dagegen.

Bereits Anfang April wurde die ukrainische Kleinstadt Butscha nahe Kiew zur Bühne für eine Provokation vonseiten der Kiewer Regierung, unter falscher Flagge: Nach Abzug der russischen Truppen aus der seit Anfang März besetzten Stadt platzierten ukrainische Truppen mutmaßliche Leichen in ziviler Kleidung am Fahrbahnrand einiger Straßen und warfen dem russischen Militär einen Massenmord vor. Nun ist es jüngst zu einer weiteren augenscheinlichen Provokation in Verbindung mit der Stadt gekommen: Am 7. April tauchten in den sozialen Netzwerken Informationen über den angeblichen Mord an dem dort wohnhaften Politiker Alexander Rschawski auf – den ehemaligen Abgeordneten des obersten Parlaments der Ukraine und Präsidentschaftskandidaten sollen ebenfalls die russischen Truppen ermordet haben, hieß es. Jedenfalls sei er kurz nach dem Abzug der russischen Streitkräfte aus der Region Kiew am 30. März in Butscha tot aufgefunden worden.

Der Politiker soll bereits seit dem 4. März nicht mehr erreichbar gewesen sein, wurde geschrieben, und am 27. März hätten "die russischen Besatzer" ihn "in seinem eigenen Haus erschossen", weil er "sich über deren Verhalten aufregte und ihnen keinen Wodka einschenken wollte." Derartige Aussagen fanden unter den Kiew-treuen Nutzern im ukrainischen Segment des Internets gerade deswegen hohe Verbreitung, weil Rschawski den russischen Truppen und dem russischen militärischen Sondereinsatz in der Ukraine grundsätzlich eher positiv gegenüberstand: So soll er einige russische Soldaten in seinem Anwesen empfangen und bewirtet haben.

Eine neue, RT vorliegende Tonaufnahme deutet jedoch darauf hin, dass das russische Militär, dessen Vertreter der Politiker so gastfreundlich aufgenommen haben soll, sich ganz im Gegenteil um Rschawski sorgte: In der Aufnahme fordert ihn ein mutmaßlicher russischer Offizier dazu auf, sich in Sicherheit zu bringen. Der Politiker entschließt sich aber, in Butscha zu bleiben.

Der Tod des ehemaligen Abgeordneten wurde zum ersten Mal in der vergangenen Woche bekannt, wobei ukrainische Beamte und Medien gleichermaßen den russischen Streitkräften die Schuld daran gaben. Die ukrainische Darstellung der Ereignisse wurde am Montag von der Familie Rschawskis bestätigt: In einer auf Facebook veröffentlichten Erklärung sagte die

Familienangehörigen des verstorbenen Politikers aus, er sei am 27. März in Butscha von einem "russischen Soldaten in seinem eigenen Garten vor den Augen seiner Frau und seiner Schwester getötet worden."

Eine Tonaufnahme (wohl als Audiospur von dem zugehörigen Video abgetrennt) von einem Gespräch mit dem Ex-Parlamentarier, die RT vorliegt, zeichnet indes ein anderes Bild: Die Anführer des Gesprächspartners, mutmaßlich ein russischer Soldat oder Offizier, machten sich offenbar große Sorgen um den ehemaligen Abgeordneten. Dieser musste sich gar anstrengen, seinen Entschluss, in Butscha zu bleiben, argumentativ zu verteidigen:

"Also geht's für Sie jetzt nach Hause?"

"Ja."

"Werden Sie in Butscha jetzt vielleicht Probleme haben? Denn insgesamt ist unsere Führung sehr besorgt um Ihr Leben, nachdem Sie bei uns waren."

Nach einer kurzen Pause sagt der mutmaßliche russische Militär weiter:

"Damit es keine Zwischenfälle gibt, verstehen Sie? Wenn Sie jetzt nach Hause zurückkehren und man Sie leblos vorfindet und alles unserer Führung in die Schuhe geschoben wird – wird wahrscheinlich der Beschluss getroffen, Sie von hier, aus Butscha, an einen Aufnahmeort mit Wasser, Essen und Wärme zu bringen."

Der Politiker weigerte sich jedoch standhaft, von den russischen Truppen evakuiert zu werden. Er sagt stattdessen, dass am wahrscheinlichsten ohnehin lediglich ein Lynchmob zu erwarten sei. Und diesem müsse man nur resolut entgegentreten, um ihn aufzuhalten. Bezüglich etwaiger Vorwürfe gegen Russland betonte Rschawski, der russische Offizier sei doch ohnehin dabei, das Gespräch zu filmen. Welche Zweifel könne da es im Falle eines Falles überhaupt geben?

"Schauen Sie, ich will Ihnen das mal folgendermaßen erklären: Risiken hat es schon immer gegeben, aber man muss sie doch abwägen und mit Vernunft definieren. Sozusagen vom Haus springen werde ich nicht, weil's nicht Not tut. Ich bin [hier in Butscha] zu Hause, meine Familie [und ich], wir wissen, ..."

"Zu wievielt sind sie denn?"

"Normalerweise zu fünft, aber gestern wurde [unklar] einer unserer Arbeiter abgezogen – also zu fünft: Meine Frau, ich, meine Schwester und zwei Arbeiter, weil wir ein großes Grundstück haben und die daher notwendig sind. Ich denke nicht, dass das dermaßen gefährlich ist. Zumal wenn Sie mich hier jetzt sozusagen live auf Sendung haben, jetzt gesetzt den Fall..."

"Ja, ich nehme ein Video auf."

"...Ich sage ja, gesetzt den Fall."

Also, da wird sich ja vielleicht jemand etwas denken – aber in Wirklichkeit sind sie ziemliche Angsthasen, [viel zu sehr,] als dass sie ankommen und mich lynchen. Wenn sie in einer Menge sind und es ansonsten sicher ist, dann ist das möglich. In Wirklichkeit sind sie nur dann Helden, wenn sie Hammel vor sich haben – aber gegen Recken sind sie selber Hammel. So gehe ich da heran, verstehen Sie? Naja, dann bin ich eben hier gewesen – und ich halte mich, apropos, schon das dritte Mal länger hier auf. [Schließt kommentierend ein Fenster] Deswegen: Wissen Sie, ich habe keine Angst. Wenn das mein Schicksal ist, dann ist das mein Schicksal. Das sollte man philosophisch betrachten."

Über eine mögliche unerwünschte Aufmerksamkeit seitens der ukrainischen kompetenten Organe sorgte sich Rschawski erst recht nicht. Vielmehr machte er sich über die Vorstellung lustig, dass da ein ukrainischer "Saboteur" auf ihn warte und "sein Messer wetze":

"Verstehen Sie mich? Schauen Sie – wer [soll sich das alles vornehmen]? Das bedeutet eine Fahrt unter Zeitaufwand – und eine Fahrt wohin? Nach Butscha?! Gut, Butscha wird eingenommen. Aber wer wird sich denn da auf den Weg machen? Oder denken Sie wirklich, da wird einer der verdeckten Saboteure im Dunkeln hocken und sein Messer wetzen und sagt sich selber 'Ha, gleich werde ich aber!...?'"

Neben den obigen Überlegungen fühlte sich der ehemalige Abgeordnete auch deshalb sicher, weil er Waffen zu Hause hatte:

"Waffen wurden bei Ihnen bislang nicht gesucht?"

"Es gibt auch solche, die das tun – aber fast mehr um des Streites willen. Doch, ich hatte [vorher] einen [Selbstlade-]Karabiner für die Jagd, so steht es in den Papieren. Allerdings war da der Unterbrecher abgeschliffen [sodass Dauerfeuer möglich wurde] – natürlich [wurde er mir abgenommen]. Aber das Scharfschützengewehr mit 4,5fachem Zielfernrohr, das haben sie mir gelassen, Gott sei Dank. Das hat ein zehnschüssiges Magazin – wenigstens etwas, verstehen Sie? Schießen kann ich gut und halte es bei mir im Hause."

Jedenfalls scheint die Version, nach der der ukrainische Präsidentschaftskandidat von 1999 von russischen Truppen vor deren Abzug aus Butscha ermordet worden sein soll, damit unwahrscheinlich. Der Ton des Gesprächs wirkt zu vertraulich und seitens des russischen Offiziers zu zielgerichtet. Die Frage danach, wie viele Leute dauerhaft in Rschawskis Anwesen leben, offenbart zudem, dass russische Offiziere dort eben beileibe nicht wie zu Hause ein- und ausgingen. Die in der Ukraine verbreitete Version muss folglich zumindest in diesem Punkt unwahr sein. Und gerade der Punkt mit dem nicht servierten Wodka als Streit- und Mordanlass wirkt vor diesem Hintergrund noch mehr wie für ein ausländisches Publikum erdacht, das Vorurteilen über Russen möglicherweise leicht anheimfallen könnte.

Als wahrscheinlich erweist sich mit dem Auftauchen dieser Aufnahme hingegen, dass Alexander Rschawski entweder eines natürlichen Todes starb, oder aber durch Einwirkung ukrainischer Truppen bzw. Sicherheitsorgane (möglicherweise unter falscher Flagge als russische Truppen getarnt). Und anschließend trat dann auch das von dem mutmaßlichen russischen Offizier skizzierte Szenario ein: Der Tod des Politikers wurde für eine weitere Provokation missbraucht – vielleicht ja, um die Stadt Butscha erneut in den Blick der Öffentlichkeit zu rücken.

Butscha war Anfang April in die Schlagzeilen geraten, als die Kiewer Behörden das russische Militär beschuldigten, in der Stadt massenhaft Zivilisten getötet zu haben. Diese Information über ein angebliches Massaker sorgte international für eine breite Verurteilung der russischen Offensive. Der Kiewer Vorort wurde zu einem Treffpunkt für europäische Spitzenpolitiker, die dort ihre Solidarität mit der Ukraine bekundeten und die angeblichen "russischen Kriegsverbrechen" ächteten.

Moskau indes wies und weist jegliche Verwicklung in die Butscha-Affäre entschieden zurück. Vielmehr wird diese als bewusste "Provokation" der ukrainischen Behörden gewertet, mit der die russischen Truppen beschmutzt und der Kreml selbst in die Enge getrieben werden soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6255b742b480cc71754e6a15.jpg>

9:35 de.rt.com: **Maduro bezeichnet Angriffe auf russische Kultur als reinen Faschismus**  
Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat am Dienstag Angriffe gegen die russische

Kultur und russische Sportler als reinen Faschismus bezeichnet. Seine Rede wurde vom TV-Sender Venezolana de Televisión übertragen.

"Das ist reiner Faschismus", kommentierte Maduro den Hinweis der venezolanischen Abgeordneten Tanya Diaz, die erklärt hatte, dass Russland das Opfer einer "globalen Zensur" geworden sei und dass Kultur und Sport des Landes angegriffen würden.

Maduro sprach am Rande eines internationalen Gipfeltreffens gegen den Faschismus, das die venezolanischen Behörden anlässlich des 20. Jahrestages des Putschversuchs gegen den damaligen Präsidenten des Landes Hugo Chávez organisiert hatten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6256698a48fbef60c223e1ae.jpg>

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 13.4.22 um 10:30 Uhr**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.**

Unter Beschuss waren die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten, 9 weitere, darunter ein Kind, wurden verletzt.** 65 Wohnhäuser und 5 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 85 ukrainische Nationalisten, einen Panzer, 2 122mm-Artilleriegeschütze 2S1 „Gwosdika“, 2 Panzerfahrzeuge und 3 Lastwagen vernichtet. 2 Schützenpanzer, ein Artilleriegeschütz 2S1 „Gwosdika“, 4 120mm-Mörser und 3 Lastwagen mit Munition wurden erbeutet.

10:00 de.rt.com: **Moskau: Können nicht ausschließen, dass radioaktives Material aus Drittländern in die Ukraine gebracht wird**

Moskau kann nicht ausschließen, dass radioaktives Material aus Drittländern in die Ukraine geschleust wird. Darauf wies der stellvertretende russische Außenminister Oleg Syromolotow in einem Interview mit RIA Nowosti hin. Er sagte:

"Man kann ein Szenario nicht ausschließen, in dem Nuklearmaterial aus Drittländern in die

Ukraine gebracht werden könnte."

Er warnte auch vor der Gefahr von Terroranschlägen mit chemischen Kampfstoffen im Donbass, die von Rechtsextremisten und Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, die unter deren Kontrolle stehen, verübt werden könnten.

### **Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 13.04.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

135 Mann;

15 Panzer;

20 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

### **In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 35**

**Geschosse** mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm und 122mm,

Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Beschossen wurden **Donezkij, Perwomajsk, Irmino und Solotoje-5**.

Durch Beschuss

- wurde in Irmino **ein Mann, geb. 1971, verletzt**, 8 Wohnhäuser und der Kindergarten „Rossinka“ wurden beschädigt;

- wurde in Perwomajsk ein Wohnhaus beschädigt.

Bei der Erfassung von Folgen von Beschuss in Frunse geriet eine Gruppe von Journalisten aus der LVR und der RF unter Beschuss der BFU.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus das Feuer erfolgte, von Einheiten der Volksmiliz der LVR operativ bestimmt und vernichtet**.

Außerdem liefert die Volksmiliz der LVR gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen weiter humanitäre Hilfe an die Einwohner der befreiten Territorien.

### **10:50 de.rt.com: Sacharowa: Es gibt keine Zweifel daran, dass Weißhelme in der Ukraine involviert sein werden**

Eine aktive Mitwirkung von Mitgliedern der Weißhelme aus Syrien an der Situation in der Ukraine sei zu erwarten. Das erklärte die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Mittwoch gegenüber Radio Sputnik. Sie sagte laut der Nachrichtenagentur TASS:

"Ich habe keine Zweifel – dafür brauche ich weder die New York Times noch sonst jemanden –, dass eine aktive Beteiligung dieser pseudohumanitären Organisation in der Ukraine im Gange ist."

Sie hob hervor, dass die Weißhelme ein Instrument des Westens seien, um Provokationen mit Chemiewaffen durchzuführen und Menschenrechtsfragen für die Zwecke und Interessen ihrer Auftraggeber zu nutzen.

"Warum bin ich mir sicher, dass sie involviert sein werden und bereits jetzt involviert sind?"

Erstens, weil sie ein gut eingespieltes Team sind. Dieses Team, das Erfahrungen in Syrien gemacht hat, ist in den westlichen Medien gut bekannt, da es ihre sogenannte Verifizierung bestanden hat. Es ist bereits in diesem Umfeld, in diesem Netzwerk, involviert. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt. Ihre Finanzierung wurde also nicht gestoppt."

Darüber hinaus betonte Sacharowa, dass die Provokationen der Weißhelme in der Ukraine dazu dienen könnten, von den im Land entdeckten westlichen Biolabors abzulenken. Sie hob hervor:

"Von dieser Geschichte muss mit irgendetwas abgelenkt werden, da alle Fäden zur unmittelbaren Spitze der derzeitigen US-Regierung durch den Sohn von Biden, seine Geschäfte, seine Verbindungen, sein Geld, seine Tranchen und so weiter gezogen wurden." "Das Beste, was ihnen einfiel, ist die alte Methode: Provokationen mit Chemiewaffen. Und sie haben auch schon die Organisatoren: die Weißhelme. Es ist also nur eine Frage der Zeit. Es besteht kein Zweifel daran, dass sie bereits involviert sind, es gibt Fakten."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62567c8f48fbef5b910059db.jpg>  
[m](#)

#### 11:15 de.rt.com: **Nach Absage an Steinmeier lädt Kiew Scholz ein – Kritik von der FDP**

Nach der Ablehnung eines Besuchs des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier hat die Ukraine Bundeskanzler Olaf Scholz nach Kiew eingeladen. Der ukrainische Botschafter in Berlin Andrei Melnik sagte am Dienstagabend auf ProSieben und SAT.1 diesbezüglich:

"Das haben wir auch so kommuniziert, dass mein Präsident und die Regierung sich darauf sehr freuen würden, wenn der Bundeskanzler Olaf Scholz Kiew besucht."

Bei dem Besuch solle es darum gehen, wie Deutschland der Ukraine mit schweren Waffen im Kampf gegen Russland helfen könne, so der Botschafter ferner. Er fügte hinzu:

"Darauf freut sich mein Präsident."

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki steht der Einladung kritisch entgegen. Eine Fahrt von Bundeskanzler Olaf Scholz nach Kiew schließt er vorerst aus:

"Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Kanzler einer von der FDP mitgetragenen Regierung in ein Land reist, das das Staatsoberhaupt unseres Landes zur unerwünschten Person erklärt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62568d24b480cc54eb30bb30.jpg>

### 11:21 de.rt.com: **Letztes Mittel Enteignung – Habecks Vorbereitungen für den Fall einer Energiekrise**

Es ist eine Vorsorge für den sogenannten "Tag X", der möglichst verhindert werden soll. Deswegen soll nun ein Gesetz geändert werden, das schon in die Jahre gekommen ist. Drastische Schritte sollen möglich werden – unter anderem Enteignungen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck von Bündnis 90/Die Grünen verstärkt die Vorbereitungen für den Fall einer schweren Energiekrise in Deutschland. Eine geplante Novelle des Energiesicherungsgesetzes sieht vor, dass im Krisenfall Unternehmen, die kritische Energie-Infrastruktur betreiben, unter treuhänderische Verwaltung gestellt werden können. Im Extremfall ist auch eine Enteignung möglich. Das sah das Gesetz zwar bereits vor, die Möglichkeit soll aber nun klarer gefasst werden. Die Novelle ging am Dienstag in die Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung.

Aus Kreisen des Ministeriums erfuhr die Deutsche Presse-Agentur (dpa), dass es darum gehe, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die schnelle Handlungsfähigkeit im Krisenfall sicherzustellen. Daher plane das Ministerium eine Novelle des aus dem Jahr 1975 stammenden Energiesicherungsgesetzes. Das Gesetz war damals eine Reaktion auf die Ölkrise und soll nun an die aktuelle Krise angepasst werden.

Es ermächtigt die Regierung im Falle einer unmittelbaren Gefährdung oder Störung der Energieversorgung im Wege von Rechtsverordnungen, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um die Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Energie sicherzustellen.

Neu ist, dass Unternehmen, die kritische Energie-Infrastrukturen betreiben – also etwa zur Gas- und Stromversorgung – bei Bedarf unter eine Treuhandverwaltung gestellt werden können. Voraussetzung soll sein, dass sie ihren Aufgaben nicht mehr hinreichend nachkommen und eine Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit droht.

Das Wirtschaftsministerium hatte vor Kurzem die Bundesnetzagentur als Treuhänderin für die deutsche Tochter des russischen Staatskonzerns Gazprom eingesetzt – auf Grundlage des Außenwirtschaftsrechts. Die Bundesregierung kann damit bei einem Erwerb deutscher Unternehmen durch Firmen aus Nicht-EU-Staaten eingreifen.

Habeck hatte die Einsetzung der Bundesregierung als Treuhänderin bei Gazprom Germania mit unklaren Rechtsverhältnissen und einem Verstoß gegen Meldevorschriften begründet. Im Energiesicherungsgesetz soll nun eine neue Rechtsgrundlage für die Treuhandverwaltung geschaffen werden, die von den besonderen Voraussetzungen des Außenwirtschaftsrechts

unabhängig ist.

### **Was passiert mit der Raffinerie in Schwedt?**

Als "ultima ratio" ist in der Novelle des Energiesicherungsgesetzes unter klar benannten und engen Bedingungen auch eine Enteignung von Unternehmensanteilen vorgesehen, wenn die Sicherung der Energieversorgung im Bereich der kritischen Infrastruktur nicht anders möglich ist.

Als problematisch wird im Wirtschaftsministerium vor allem gesehen, dass die Raffinerie in Schwedt (Brandenburg) fast vollständig vom russischen Staatskonzern Rosneft übernommen werden soll. Das Ministerium prüft dies derzeit. Habeck hatte gesagt, es werde unter Hochdruck daran gearbeitet, die Abhängigkeit von "russischer Beeinflussung der Infrastruktur" zu überwinden.

Die Bundesregierung soll zudem zur Umsetzung von Krisenmaßnahmen eine digitale Plattform errichten und einsetzen können, dafür soll die Gassicherungsverordnung geändert werden. Auf dieser sollen sich für den Sektor Gas größere Industriebetriebe und Gashändler registrieren und verschiedene Daten hinterlegen. Mit diesen Daten könnten im Krisenfall Reduktionspotenziale identifiziert und Abschaltungen digital umgesetzt werden.

Das Bundeswirtschaftsministerium hatte Ende März die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas ausgerufen. Damit soll die Vorsorge für einen möglichen russischen Lieferstopp gestärkt werden, falls Präsident Wladimir Putin einen solchen verhängt. In einer Alarmstufe wären private Haushalte besonders geschützt, dagegen könnten Industriebetriebe abgeschaltet werden.

Zwar hat sich die EU auf einen Importstopp für russische Kohle mit einer Übergangsfrist von vier Monaten geeinigt. Die Bundesregierung ist aber weiter dagegen, dass der Westen russische Gas- und Öllieferungen stoppt. Bei der Kohle ist Deutschland am weitesten dabei vorangekommen, weniger abhängig von Russland zu werden. Vor allem im Fall eines Gasembargos hat die Bundesregierung vor schweren Schäden für die Wirtschaft gewarnt. Im aktuellen Lagebericht der Bundesnetzagentur von Dienstag hieß es, die Gasversorgung in Deutschland sei stabil, die Gaslieferungen seien nicht beeinträchtigt. Das Energiesicherungsgesetz ermöglicht auch bisher schon, dass die Bundesregierung im Krisenfall Maßnahmen zum Energiesparen verordnen kann. Rein theoretisch könnte sie autofreie Sonntage sowie ein befristetes generelles Tempolimit verordnen. Vor allem die FDP ist aber gegen ein Tempolimit auf Autobahnen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62568256b480cc53e3042e27.jpg>

**nachmittags:**

de.rt.com: **Russisches Ermittlungskomitee ermittelt wegen Gefahr eines**

### **Giftstoffeinsatzes durch ukrainische Streitkräfte**

Der Chef des russischen Ermittlungskomitees Alexander Bastrykin hat angeordnet, die Umstände des möglichen Einsatzes von Giftstoffen gegen Zivilisten und russische Soldaten durch das ukrainische Militär zu ermitteln. Dies teilte der Pressedienst der Behörde gegenüber RIA Nowosti mit.

Nach Angaben des Ermittlungskomitees wurden auf dem Gelände einer vom ukrainischen Militär verlassenen Militäreinheit [Drohnen](#) mit Flüssigkeitstanks und Sprühgeräten sichergestellt. Mithilfe der unbemannten Luftfahrzeuge hätten Giftstoffe sowohl gegen Zivilisten als auch gegen das russische Militär versprüht werden können, so die Behörde. Im Rahmen der Untersuchung sollen die sichergestellten technischen Gegenstände begutachtet sowie deren Herkunft und die Zwecke deren Verwendung ermittelt werden, hieß es.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6256a22db480cc5430047ba9.jpg>

### **12:34 de.rt.com: Medwedtschuk in Geiselhaft: Selenskij will den Oppositionellen austauschen**

Nicht erst seit dem Beginn der russischen Militärintervention werden in der Ukraine Oppositionelle verfolgt und terrorisiert. Am Dienstag hat Wladimir Selenskij der Öffentlichkeit ein Foto des inhaftierten und misshandelten Oppositionspolitikers Wiktor Medwedtschuk präsentiert. Nun will er mit Russland diesen Ukrainer gegen andere Ukrainer austauschen.

Wladimir Selenskij ließ es sich nicht nehmen, diese Nachricht selbst zu verkünden. Am Dienstagabend [publizierte](#) der ukrainische Staatschef auf seinen offiziellen Kanälen in sozialen Netzwerken das Foto eines alten Mannes mit zerzaustem Haar, Spuren von Schlägen im Gesicht, gekleidet in einer schlecht sitzenden ukrainischen Militäruniform mit angelegten Handschellen.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/JaYwpgi99bnnCCpA1JHyD7bXusLN68ejiQQYSGN9sN6YP4Fi24bBKFTGIRl3wIjke4rrEA5v5gHtQ4wFicZDWymKeirSJcWynRtaKPJ0GhJO08G1FbKvBP6CSHvk1bbbVOciYIf1Tf02fHZORhK5uRgTVJnd0oATSqJk5EpZ7DjiOvyOYFIYM BP20auaSQMw3pfcRyRiHOihKgXe- pQeP7j40pxC-8E3RDo0NTxmKdGYqwdfoQQZr0a8goVtznv46wvF1SNTKNp\\_R6Nc6ZwXkB3lXt35abGblq378maZIWkdjBtmoiHjTWYS2sq-9AftSGB\\_uIHv8kRkCYtxIem-Q.jpg](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/JaYwpgi99bnnCCpA1JHyD7bXusLN68ejiQQYSGN9sN6YP4Fi24bBKFTGIRl3wIjke4rrEA5v5gHtQ4wFicZDWymKeirSJcWynRtaKPJ0GhJO08G1FbKvBP6CSHvk1bbbVOciYIf1Tf02fHZORhK5uRgTVJnd0oATSqJk5EpZ7DjiOvyOYFIYM BP20auaSQMw3pfcRyRiHOihKgXe- pQeP7j40pxC-8E3RDo0NTxmKdGYqwdfoQQZr0a8goVtznv46wvF1SNTKNp_R6Nc6ZwXkB3lXt35abGblq378maZIWkdjBtmoiHjTWYS2sq-9AftSGB_uIHv8kRkCYtxIem-Q.jpg)

Der knappe Kommentar dazu:

"Sonderoperation dank SBU durchgeführt.

Gut gemacht! Details später.

Ruhm der Ukraine!"

Den Namen des Mannes nannte Selenskiy nicht – und das war auch nicht nötig. In der Ukraine kennt jeder dieses Gesicht: Das ist Wiktor Medwedtschuk, einst mächtigster Mann im Apparat des Präsidenten Kutschma, dann Strippenzieher im Hintergrund und zuletzt eine der Gallionsfiguren der linkszentristischen Opposition des Landes, im Westen verunglimpfend als "prorussisch" titulierte. Er ist eines der größten Hassobjekte aller Nationalisten und Maidan-Anhänger, weil ihn mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin eine offen gezeigte Freundschaft verbindet. Putin ist Taufpate der Tochter von Medwedtschuk, eine in der ukrainischen Kultur als Wahlverwandtschaft, gar Blutsbruderschaft idealisierte und verbrämte Beziehung.

Die Nachricht kam für Selenskiy gerade rechtzeitig, um das mediale Echo einer anderen Nachricht dieses Abends etwas in den Hintergrund treten zu lassen: In der umkämpften Stadt Mariupol haben sich am Dienstag rund 1.000 ukrainische Marineinfanteristen [ergeben](#), womit dort fast nur noch Kämpfer des nationalistischen Asow-Regimentes in der letzten verbliebenen Zitadelle der Stadt – dem Stahlwerk des Oligarchen Achmetow – Widerstand leisten.

Wenig später legte der ukrainische Geheimdienst SBU nochmals nach und [publizierte](#) ein weiteres Foto des prominenten Häftlings, wohl um dem Sprecher des russischen Präsidenten Peskow Paroli zu bieten, der zuvor eine Fälschung des ersten Fotos nicht ausgeschlossen hatte, zu manipuliert erschien manchen der Kopf des Politikers in der für ihn viel zu großen Uniform.

Das neue Foto macht den ersten Eindruck aber nicht besser: Zu deutlich sind nun die Spuren blutiger Wunden auf der Stirn zu erkennen.



[https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Mvn8bvBUWDuHfU4I5DznwdKZMz\\_OTitqiT6U-OZkt2HGzSeJ21f3eccBqhK96BVv-zIc6cMmwgOIMOj96YhuKe81Uf1NnX8QF8ttSV\\_68K7fN-Z\\_2-78mrSrYuFZAxDd2OrvXpqzgfGPz3yh39VONEv7JCGGcKSW9yzR8qZTNSjwfPG\\_FUhw6mdXyFH5mh2Jwi1sKP8qBMIGV4-A9N4jfnCjm7LnDNaBnGBZ--XBYBnlpAr4tbgHbJEJpN5DmqdRjBUS8281ZDyJxJXtKpGXMM7oaQ3vgA\\_ePN1VcUProGS6dZhGu9l4lLZbM-wo38rIEKqmoFTztA0dGODiGnZA.jpg](https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Mvn8bvBUWDuHfU4I5DznwdKZMz_OTitqiT6U-OZkt2HGzSeJ21f3eccBqhK96BVv-zIc6cMmwgOIMOj96YhuKe81Uf1NnX8QF8ttSV_68K7fN-Z_2-78mrSrYuFZAxDd2OrvXpqzgfGPz3yh39VONEv7JCGGcKSW9yzR8qZTNSjwfPG_FUhw6mdXyFH5mh2Jwi1sKP8qBMIGV4-A9N4jfnCjm7LnDNaBnGBZ--XBYBnlpAr4tbgHbJEJpN5DmqdRjBUS8281ZDyJxJXtKpGXMM7oaQ3vgA_ePN1VcUProGS6dZhGu9l4lLZbM-wo38rIEKqmoFTztA0dGODiGnZA.jpg)

Was mit Wiktor Medwedtschuk seit Beginn der russischen militärischen Intervention geschehen war, bleibt vorerst weiter im Dunkeln verborgen. Der Politiker stand seit 14. Mai 2021 unter Hausarrest und ist seit dem Verbot von drei dem Oppositionsblock nahestehenden Fernsehsendern aus der Öffentlichkeit verschwunden. Sämtlicher Besitz des Geschäftsmanns wurde beschlagnahmt. Kurz nach dem 24. Februar 2022 gab es Meldungen, er habe versucht zu fliehen. Dies hätten "Journalisten", die vor seinem Haus ausharrten, bemerkt und verhindert. Diese Meldungen verstummten aber bald wieder, so als hätte jemand Mächtiges den Reportern die Anweisung gegeben, nichts mehr über Bewegungen in dem und rund um das Haus zu publizieren.

Später hieß es offiziell, Medwedtschuk habe sich dem Hausarrest entzogen und sei untergetaucht. Seit Anfang März gab es dann keinerlei Informationen mehr über ihn. Selbst

seine Frau, eine bekannte Journalistin und TV-Moderatorin, der es gelungen war, sich ins Ausland abzusetzen, hüllte sich in Schweigen.

Das lässt nun Raum für Spekulationen. Der im spanischen Exil lebende Journalist und Blogger Anatolij Sharij präsentierte gleich zwei Hypothesen der tatsächlich denkbaren Ereignisse. Nach der ersten Hypothese hätte der SBU Medwedtschuk bereits im Februar verhaftet, die zurückliegenden sechs bis sieben Wochen habe er sich dann in einem Gefängnis des Geheimdienstes befunden, sei möglicherweise gar gefoltert worden, worauf der angeschlagene Zustand des Politikers hindeute. Jetzt habe man ihn der Öffentlichkeit mit einer erfundenen Erfolgsmeldung präsentiert, um den militärischen Verlust in Mariupol in der öffentlichen Wahrnehmung zu neutralisieren.

Nach Sharijs zweiter Hypothese soll sich Medwedtschuk tatsächlich ins Ausland abgesetzt haben, allerdings nicht nach Russland, sondern nach Ungarn. Von dort habe ihn der Geheimdienst vor einigen Tagen entführt und in einem Diplomatenfahrzeug wieder in die Ukraine gebracht. Sollte dies stimmen, so hätte das womöglich diplomatische Konsequenzen in den ohnehin schlechten Beziehungen zwischen der Ukraine und Ungarn.

Erfahrungen mit dem Entführen von Personen im Ausland hat der SBU bereits. Vor zwei Jahren wurde auf diese Weise ein ehemaliger Richter aus Moldawien in die Ukraine verbracht.

Eine offizielle Erklärung dazu, wie, wo und wann Wiktor Medwedtschuk in die Hände des Geheimdienstes gelangte, lässt derzeit auf sich warten.

Dafür hat Selenskij nun verkündet, was er mit Medwedtschuk vorhabe: Er will Putin dessen Austausch gegen gefangengenommene ukrainische Soldaten vorschlagen. Zuvor war darüber spekuliert worden, dass ein Austausch gegen einen in Mariupol in den Katakomben des Stahlwerkes angeblich ausharrenden NATO-General angestrebt werden könne.

Der langjährige Abgeordnete des ukrainischen Parlamentes und derzeitige Hoffnungsträger der antifaschistischen Ukraine Oleg Zarjow kommentiert Selenskij's Ankündigung in scharfen Worten:

"Die Tatsache, dass Selenskij vorschlägt, den ukrainischen Staatsbürger Medwedtschuk gegen ukrainische Soldaten der Streitkräfte auszutauschen, unterstreicht einmal mehr, dass in der Ukraine ein Bürgerkrieg herrscht.

Die Tatsache, dass der Politiker Medwedtschuk die Geisel von Selenskij ist, zeigt, dass Selenskij ein Terrorist ist.

Und wie Sie wissen, kann man mit Terroristen nicht verhandeln."

In der ersten Märzhälfte sind in der Ukraine bereits zahlreiche prominente Oppositionelle und Intellektuelle unter ungeklärten Umständen verschwunden. Beobachter reden von mindestens 600 vermissten Personen allein in Kiew. RT DE hat bisher zweimal [darüber berichtet](#). Bis auf Mirosława Berdnik, die (wieder) auf freiem Fuß zu sein scheint, ist das Schicksal der in den früheren Berichten Genannten weiterhin unbekannt, Beobachter rechnen mit dem Allerschlimmsten. So zynisch es klingen mag, so macht das Auftauchen von Wiktor Medwedtschuk doch zumindest etwas Hoffnung, dass einige noch am Leben sein könnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62568a2648fbef5b910059e8.jpg>

### 13:09 de.rt.com: **Westliche Sanktionen wirken: Russische Wirtschaft orientiert sich immer mehr an Handel mit China**

Aufgrund westlicher Sanktionen orientiert sich die russische Wirtschaft verstärkt in Richtung China. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres stieg der bilaterale Handel um mehr als ein Viertel. Dies geht aus chinesischen Zolldaten hervor.

Der Handel zwischen Russland und China belief sich in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres auf einen Gesamtwert von fast 38,2 Milliarden US-Dollar (243,03 Milliarden Yuan), was im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in Yuan ein deutliches Wachstum von 27,8 Prozent bedeutet.

Chinas Exporte nach Russland stiegen um 25,9 Prozent auf 16,44 Milliarden US-Dollar, während Russlands Verkäufe nach China um 31 Prozent zunahmen und sich auf 21,73 Milliarden US-Dollar beliefen. Das teilte Li Kuiwen, der Sprecher der chinesischen Zollbehörde, am Mittwoch auf einer Pressekonferenz mit.

Im März stieg Chinas Handel mit Russland insgesamt um 12,8 Prozent, während der gesamte Handel des Landes weltweit um 7,8 Prozent zunahm.

Pekings wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit mit anderen Ländern einschließlich Russland und der Ukraine bleibe normal, so der Pressesprecher. Er verwies auf den Aufwärtstrend im Handel zwischen den beiden Ländern.

Im Jahr 2021 erreichte der Handelsumsatz zwischen Russland und China ein Rekordhoch von 146,88 Milliarden US-Dollar, was einem Anstieg von 35,8 Prozent entspricht. Im Dezember einigten sich die Staatshäupter beider Länder auf die Schaffung einer Infrastruktur zur besseren Abwicklung des Handels ohne Einmischung durch Drittstaaten.

China lehnt es weiterhin ab, sich an den Sanktionen gegen Moskau wegen des Konflikts in der Ukraine anzuschließen. Peking erklärte, dass die Zusammenarbeit zwischen China und Russland "keine Grenzen" habe. Um mögliche Sanktionen zu vermeiden, sind die beiden Länder im Handel bereits von US-Dollar und Euro auf ihre nationalen Währungen umgestiegen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6256a52748fbef56834fbad9.jpg>

13:09 de.rt.com: **Russland reagiert auf CNN-Behauptung über Moskaus Zahlungsausfall**

Ein CNN-Bericht über Russlands angebliche Unfähigkeit, seine Auslandsschulden zu bezahlen, entspricht nicht der Wahrheit, so der Kreml. Der Westen habe Hürden geschaffen, um Zahlungen behindern, daher sollten die Gläubiger diese mit in den jeweiligen Ländern aushandeln.

Ein Bericht des US-Medienunternehmens CNN über eine angebliche Ankündigung eines Zahlungsausfalls russischer Eurobonds entspricht nicht der Wahrheit. Dies verkündete das russische Finanzministerium am Dienstag.

Am Montag hatte CNN unter Berufung auf die Ratingagentur S&P berichtet, Moskau sei mit seinen Auslandsschulden in Verzug geraten, da es Anleihegläubigern Zahlungen in Rubel und nicht in US-Dollar angeboten habe. In der entsprechenden Erklärung des Ministeriums heißt es:

"Die von CNN verbreiteten Informationen entsprechen nicht den Tatsachen."

"Russland hat nicht angekündigt, dass es seinen Verpflichtungen aus den Eurobonds nicht nachkommen wird."

"Ein Zahlungsausfall bedeutet, dass der Schuldner entweder kein Geld hat, um seine Schulden zu begleichen, oder dass er nicht gewillt ist, seine Schulden zu begleichen, wenn die Mittel verfügbar sind. Keines von beidem trifft auf Russland zu. Die Russische Föderation verfügt über genügend Mittel, um alle ihre Schulden pünktlich zu bedienen und zurückzuzahlen."

Weiter betonte die Behörde, dass Washingtons Blockademaßnahmen gegen Moskau die Interessen ausländischer Investoren beeinträchtigen.

Die Hürden für Zahlungen, Dienstleistungen und die Rückzahlung der russischen Staatsschulden in ausländischer Währung wurden künstlich geschaffen, während die Beschränkung für den russischen Schuldendienst als nächster Ausfall ausländischer Vertragspartner angesehen werden kann, so das Ministerium. In der Erklärung heißt es weiter: "Alle möglichen Forderungen der Gläubiger im Zusammenhang mit dieser Situation sollten an die Behörden der Staaten gerichtet werden, die unrechtmäßig Hindernisse für die Erfüllung der russischen Schuldverpflichtungen geschaffen haben."

Zuvor hatte das russische Finanzministerium erklärt, dass das Land alles tun werde, um die Zahlungen an seine Gläubiger sicherzustellen. Russland werde rechtliche Schritte einleiten, falls der Westen versuche, einen künstlichen Zahlungsausfall herbeizuführen, zitierte die Zeitung Iswestija am Montag Finanzminister Anton Siluanow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62569e54b480cc5430047ba7.jpg>

### 13:12 de.rt.com: **Putin: Butscha war inszenierte Fälschung wie die angeblichen Chemiewaffenangriffe in Syrien**

Die angebliche Tötung von Einwohnern in der Stadt Butscha durch das russische Militär ähnelt einer im Westen fabrizierten Fälschung über den Einsatz von Chemiewaffen durch die Regierungstruppen in Syrien. Dies erklärte der russische Präsident Wladimir Putin am Dienstag.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat die Anschuldigungen zurückgewiesen, laut denen russische Truppen für die Tötung von Zivilisten im Kiewer Vorort Butscha verantwortlich sein sollen. Er bezeichnete den Fall als eine Fälschung. Der Staatschef äußerte seine Position zu der Angelegenheit am Dienstag auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenko. Er sagte:

"Ich habe viel mit vielen meiner Kollegen aus westlichen Ländern gesprochen. Bis heute. Und wenn sie anfangen, von Butscha zu sprechen, frage ich sie: 'Waren Sie jemals in Raqqa? Haben Sie gesehen, wie diese syrische Stadt von der US-Luftwaffe aus der Luft bis auf die Grundmauern ausgelöscht wurde?'

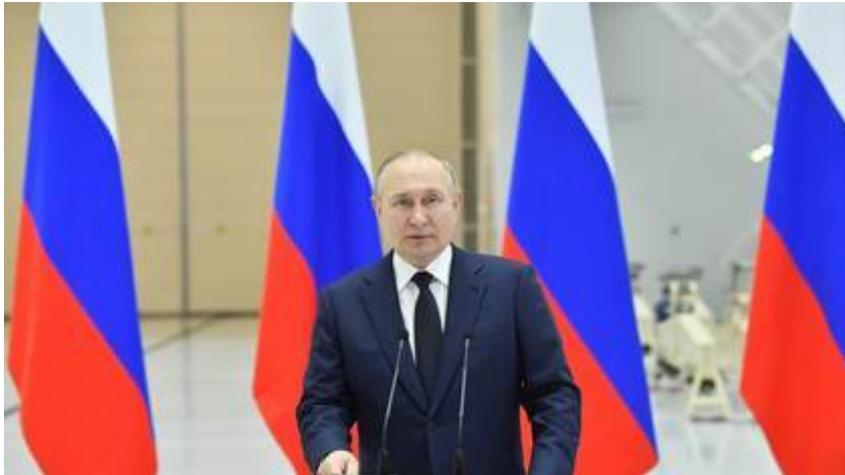
Monatelang lagen die Toten dort in den Ruinen und verwesenen. Niemand kümmerte sich darum, niemand bemerkte es überhaupt. Niemand erinnert sich an die Hunderte von getöteten Zivilisten in Afghanistan. Alle schwiegen! Als sie in Syrien provozierten und den Einsatz von Chemiewaffen durch die Assad-Regierung inszenierten, gab es kein solches Schweigen. Dann stellte sich heraus, dass es eine Fälschung war. Dasselbe Spiel geschah in Butscha."

Putin fügte hinzu, dass die Geheimdienste des Landes von ihren weißrussischen Kollegen bereits Informationen erhalten haben, die beweisen, dass die Massentötung in Butscha, die weitgehend als Massaker bezeichnet wird, inszeniert worden war. Putin ging jedoch nicht näher auf diese Materialien ein.

Anfang April geriet Butscha in die Schlagzeilen, kurz nachdem sich das russische Militär aus den Außenbezirken Kiews zurückgezogen hatte. Als ukrainische Truppen in den Ort einrückten, seien in der Stadt laut Kiew zahlreiche tote Zivilisten entdeckt worden. Die ukrainischen Behörden machten umgehend das russische Militär für das angebliche Massaker verantwortlich, während westliche Spitzenpolitiker sich schnell auf die Seite der Ukraine stellten und die ukrainische Sichtweise auf den Vorfall verstärkten. Der Vorort wurde daraufhin zu einem Hotspot, den europäische Politiker besuchten, um ihre Solidarität mit der Ukraine zu zeigen und "russische Kriegsverbrechen" zu verurteilen.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625693c148fbef1716612041.jpg>

### 13:25 de.rt.com: **SPD-Fraktionschef Mützenich warnt die Ukraine vor Einmischung in deutsche Innenpolitik**

Nach der ukrainischen Ablehnung eines Besuchs von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat der SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich alle demokratischen Parteien aufgerufen, das Staatsoberhaupt "vor ungerechtfertigten Angriffen" zu schützen. Mützenich sagte am Mittwoch in Berlin:

"Die Erklärung der ukrainischen Regierung, dass ein Besuch des Bundespräsidenten in Kiew derzeit unerwünscht ist, ist bedauerlich und wird den engen und gewachsenen Beziehungen zwischen unseren Ländern nicht gerecht."

Er warnte die Ukraine gleichzeitig vor einer Einmischung in die deutsche Innenpolitik:

"Bei allem Verständnis für die existenzielle Bedrohung der Ukraine durch den russischen Einmarsch erwarte ich, dass sich ukrainische Repräsentanten an ein Mindestmaß diplomatischer Gepflogenheiten halten und sich nicht ungebührlich in die Innenpolitik unseres Landes einmischen."

Der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrei Melnyk, hatte Steinmeier zuvor für seine Russland-Politik in der Vergangenheit an den Pranger gestellt. Aber auch die Bundesregierung hatte er für ihre Zurückhaltung bei Sanktionen gegen Russland und Waffenlieferungen an die Ukraine mehrfach in ungewöhnlich scharfer Form kritisiert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6256a79548fbef60c223e1fa.jpg>

#### 14:10 de.rt.com: **Medienbericht: Russland feuert auf türkisches Frachtschiff**

Einem Bericht der Online-Fachzeitschrift "TradeWinds" zufolge soll Russland ein Schiff abgefangen haben, das im Auftrag der ukrainischen Regierung Führer des rechtsextremen Asow-Regiments und ausländische Söldner aus Mariupol evakuieren sollte.

Laut einem Bericht der Online-Fachzeitschrift für Frachtverkehr, [TradeWinds](#), behauptet Russland, ein Schiff abgefangen zu haben, das im Auftrag der ukrainischen Regierung Führer des nationalistischen Asow-Regiments und ausländische Söldner aus Mariupol evakuieren sollte.

Dem Bericht zufolge soll Russland das unter türkischer Kontrolle befindliche Schiff auch beschossen haben. Bei dem Schiff soll es sich um Stückgutfrachter gehandelt haben. Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, erklärte gegenüber Reportern, das 5.200 Tonnen schwere Schiff sei am 8. April von einem Schiffskonvoi im Asowschen Meer ausgeschert. Es sei ein Versuch der ukrainischen Regierung gewesen, die ukrainische Führung auf dem Seeweg aus dem Hafen von Mariupol zu evakuieren. Der Generalmajor sagte:

"Das Kiewer Regime versucht weiterhin, die Führer des nationalistischen Asow-Regiments und ausländische Söldner aus Mariupol zu evakuieren."

Die Ukraine habe das Schiff nutzen wollen, nachdem frühere Versuche, das Personal mit Hubschraubern zu evakuieren, gescheitert waren, behauptete Konaschenkow weiter.

Er ergänzte, das unter der Flagge Maltas fahrende Schiff sei zusammen mit anderen Schiffen auf dem Weg von der Taganroger Bucht zur Straße von Kertsch gewesen. Dann habe es 30 Kilometer vor Mariupol abrupt seinen Kurs geändert und versucht, die russische Seeblockade zu durchbrechen.

#### **Feuer am Heck**

Dabei soll das Schiff seine Fahrt fortgesetzt und auf die Aufforderung des russischen Militärs, Kontakt aufzunehmen, nicht reagiert haben. Auch der Artilleriewarnbeschuss von zwei Grenzpatrouillenbooten habe das Schiff zunächst nicht abschrecken können, so Konaschenkow weiter. Am Ende habe der Frachter aber doch noch seinen Kurs geändert und die Besatzung habe den Kontakt gegenüber den russischen Militärs signalisiert, dass sie den russischen Forderungen nachkommen würden.

Es habe bei dem Vorfall keine Verletzten gegeben, aber die Crew habe ein Feuer am Heck des Schiffes löschen müssen, das durch den Artilleriebeschuss ausgelöst worden sei.

Konaschenkow erklärte abschließend:

"Nach der Inspektion wird das ukrainische Frachtschiff mit der Besatzung in den Hafen von Jeisk gebracht."

Das beschlagnahmte Schiff wird von der türkischen Reederei Misha Shipping betrieben, die von russischer Seite kontaktiert worden sei, um weitere Informationen zu erhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6256a07748fbef5e540d9953.jpg>

#### 14:14 de.rt.com: **Tausch der weißrussischen Flagge in Buchenwald löst Empörung aus**

In Buchenwald wurde vor der Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Befreiung des KZs die weißrussische Fahne durch die der Opposition ersetzt. Weißrussland erklärt, der Tausch sei eine Verhöhnung der Opfer des Zweiten Weltkriegs. Die Fahne war schon von Nazikollaborateuren gebraucht worden.

Am Montag nahm Weißrussland Strafermittlungen auf, nachdem bei der Gedenkveranstaltung im ehemaligen KZ in Buchenwald die Fahne des Landes durch eine ersetzt wurde, die von der Opposition gebraucht wird.

Minsk bestand darauf, dass es unannehmbar sei, "auf der Erinnerung an all die Weißrussen, die im Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren, und die zehntausenden weißrussischen Gefangenen in Konzentrationslagern herumzutrampeeln".

Die Fahnen wurden vor einer Veranstaltung ausgetauscht, die zum 77. Jahrestag der Befreiung des KZs Buchenwald stattfand. Sie wurde am Montag abgehalten, aber die Delegationen aus Weißrussland und Russland wurden wegen des Konflikts in der Ukraine nicht eingeladen.

Die [Bilder](#) von der Abnahme der rotgrünen weißrussischen Nationalflagge und ihrer Ersetzung durch eine rot-weiße Fahne, die international durch die Proteste gegen die Regierung 2020 und 2021 bekannt wurden, kursierten in den sozialen Medien und blieben in Minsk nicht unbemerkt.



<https://pbs.twimg.com/media/FQFE09DaQAAkw7w?format=jpg&name=900x900>

Sie führten dazu, dass der deutsche Botschafter in Weißrussland, Manfred Huterer, am Montag ins Außenministerium einbestellt wurde.

Dem Diplomaten wurde mitgeteilt, dass angesichts des "Leidens des weißrussischen Volkes durch die Hand der faschistischen Invasoren" und den Beitrag der Nation insgesamt zum Sieg über die Nazis "solche Handlungen der deutschen Seite auf keine Weise gerechtfertigt werden können, insbesondere nicht durch irgendwelche augenblicklichen oder opportunistischen Gründe".

Am selben Tag eröffnete das Büro des weißrussischen Generalstaatsanwalts ein Ermittlungsverfahren wegen der Aufstachelung zum Völkerhass in Bezug auf den Vorfall in Buchenwald, das heutzutage ein Museum und eine Gedenkstätte ist.

Die Staatsanwaltschaft klang ähnlich wie das Außenministerium und nannte den Flaggentausch einen "zynischen" Akt, der "die Ehre und Würde des weißrussischen Volkes mindert" und "die Erinnerung an Millionen verspottet, die auf weißrussischem Gebiet starben", während des Zweiten Weltkrieges.

Nach weißrussischem Recht bringt der entsprechende Artikel des Strafgesetzbuchs eine Strafe von drei bis zehn Jahren Haft. Die Ermittler haben bisher keinen Verdächtigen und erklärten, eine "nicht identifizierte Person" habe die Flaggen getauscht.

Buchenwald war eines der ersten von den Nazis eröffneten Konzentrationslager. Es war von 1937 bis 1945 in Betrieb und mehr als 76.000 Menschen sind schätzungsweise dort gestorben. An den Kämpfen in der Ukraine nehmen keine Truppen aus Weißrussland teil, aber Minsk wird dennoch international verurteilt und sanktioniert, weil es Moskaus Verbündeter ist und den russischen Truppen erlaubt, durch sein Gebiet zu marschieren.

Die rot-weiße Fahne, die das Symbol der vom Westen gestützten Opposition wurde, hat eine eher kontroverse Geschichte. Ursprünglich wurde sie für die Weißrussische Demokratische Republik geschaffen, ein selbsternannter Staat, der nur von 1918 bis 1919 existierte. Die gleiche Fahne wurde später von weißrussischen Nazikollaborateuren im Zweiten Weltkrieg gebraucht.

Diese wurden von Radoslaw Ostrowsky angeführt, der später in die USA emigrierte, und halfen beim Holocaust. Heute wird diese Fahne von den Unterstützern der vom Westen geförderten Aktivistin Swetlana Tichanowskaja genutzt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6255e7d348fbef54624d856e.jpg>

15:30 (14:30) ria.ru: **Ukrainische Flüchtlinge begannen, in ihre Heimat zurückzukehren - polnisches Innenministerium**

Die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine, die die ukrainisch-polnische Grenze überqueren, sei deutlich zurückgegangen, einige hätten begonnen, in ihre Heimat zurückzukehren, sagte Pavel Shefernaker, Staatssekretär des polnischen Innenministeriums und Regierungssprecher für

Flüchtlinge, bei einem Briefing.

„Erst überquerten täglich bis zu 140.000 Menschen die Grenze, derzeit überqueren zwischen 20.000 und 30.000 Menschen pro Tag die polnisch-ukrainische Grenze“, sagte Schefermaker. Ihm zufolge wurde eine "leichte Zunahme" der Bewegung von Polen in die Ukraine verzeichnet. „Die ersten Fälle von Frauen mit Kindern, die in die Ukraine zurückkehren, sind aufgetreten. Es gibt solche Fälle seit mehreren Tagen. Dies sind hauptsächlich Einwohner der Westukraine“, erklärte er.

Zuvor hatte der polnische Grenzdienst berichtet, dass seit Beginn der russischen Spezialoperation etwa 2,7 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine angekommen seien.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/15/1779350598\\_0:0:3072:1728\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_88ca489230db39ac87558869bbda9e50.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/03/15/1779350598_0:0:3072:1728_1280x0_80_0_0_88ca489230db39ac87558869bbda9e50.jpg)

15:40 (14:40) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Jeder US- und NATO-Transport mit Waffen in der Ukraine ist ein militärisches Ziel für die russischen Streitkräfte – Rjabkow**

Der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow sagte, alle Versuche, die Sonderoperation in der Ukraine zu verlangsamen, würden eingestellt.

Da Washington die "militanten Bestrebungen des Kiewer Regimes" voll und ganz unterstützt und das Land zudem mit modernen Waffen aufpumpt, seien umfassende Kontakte mit der US-Regierung zur Ukraine nicht sinnvoll, so Rjabkow. Dies wird von "MK.ru" [berichtet](#).

Der stellvertretende russische Außenminister warnte auch davor, dass alle US- und NATO-Fahrzeuge, die Waffen durch die Ukraine transportieren würden, zu legitimen militärischen Zielen für die russischen Streitkräfte werden würden.

Er erinnerte daran, dass die Vereinigten Staaten immer noch keine Informationen über die Funktionen und die Arbeit ihrer biologischen Labors in der Ukraine bereitgestellt haben.



[https://novorosinform.org/content/images/28/83/42883\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/28/83/42883_720x405.jpg)

15:49 (14:49) ria.ru: **Der Untersuchungsausschuss untersucht die Vorbereitung der Streitkräfte der Ukraine auf einen Angriff auf die Grenzregionen Russlands**

Der Leiter des Untersuchungsausschusses, Alexander Bastrykin, wies an, die Tatsache zu untersuchen, dass die Streitkräfte der Ukraine einen Angriff auf die Grenzregionen Russlands vorbereiteten, fuhr RIA Nowosti aus der Behörde.

„Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses <...> wies seine Untergebenen an, in Zusammenarbeit mit den Kollegen des Untersuchungsausschusses von Belarus eine rechtliche Bewertung dieser Tatsache vorzunehmen und alle daran beteiligten Personen zu identifizieren, um sie strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen“, hieß es.

Nach Angaben der belarussischen Sicherheitsbeamten bereiteten sich die Streitkräfte der Ukraine darauf vor, die Regionen Russlands anzugreifen, die gemeinsame Grenzen mit der Ukraine haben.

Anfang dieser Woche haben die Regionen Belgorod, Kursk und Brjansk, einige Gebiete der Region Woronesch und des Krasnodar-Territoriums sowie der Norden der Krim eine gelbe (mittlere von drei) terroristische Bedrohungsstufe eingefasgerufen. Der Bevölkerung wird empfohlen, nach Möglichkeit auf den Besuch von Massenaufenthaltsorten von Personen zu verzichten, Ausweisdokumente mitzuführen und diese auf erste Aufforderung von Vollzugsbeamten zur Überprüfung vorzulegen. Sie sollten auch auf das Auftreten von Fremden und Autos in den an Wohngebäude angrenzenden Bereichen achten.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/0b/1782976174\\_0:0:3072:1728\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_c88433d85edfb5a35e3d90b8bf815e1b.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/0b/1782976174_0:0:3072:1728_1280x0_80_0_0_c88433d85edfb5a35e3d90b8bf815e1b.jpg)

14:55 de.rt.com: **Grenzkontrollpunkt im Gebiet Kursk von der Ukraine aus beschossen**

Ein Grenzkontrollpunkt im Bezirk Korenewski des russischen Gebiets Kursk wurde beschossen, wie auf der Webseite der Bezirksverwaltung zu lesen ist. In dem Bericht heißt es: "Vor einer Stunde wurde ein Grenzkontrollpunkt im Dorf Gordejewka unter Beschuss genommen. Russische Grenzsoldaten erwiderten das Feuer und unterdrückten die Schießereien. Keine Verluste oder Zerstörungen auf unserer Seite."

Zuvor war berichtet worden, dass im Gebiet Kursk seit dem 11. April "aufgrund von Provokationen ukrainischer Nationalisten" ein hohes Maß an terroristischer Gefahr besteht. Ein ukrainischer Grenzübergang im Gebiet Kursk geriet am 9. April unter Beschuss. Verletzt wurde niemand, russische Grenzsoldaten zerstörten den feindlichen Schießstand. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am 6. April zudem im Bezirk Sudschanski.

15:20 de.rt.com: **Putin: Können Gas und Öl auch in andere Länder exportieren**

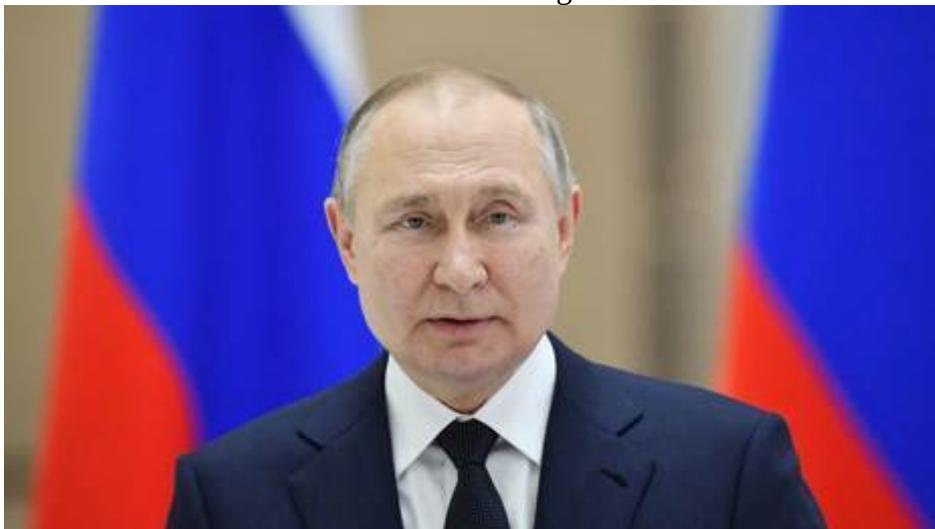
Ungeachtet westlicher Diskussionen über einen Importstopp für russisches Gas und Öl hat

Kremlchef Wladimir Putin sich mit Blick auf Russlands Energiesektor zuversichtlich gezeigt. Am Mittwoch sagte er:

"Was russisches Öl, Gas und Kohle angeht: Wir können den Bedarf danach auf dem heimischen Markt steigern, die Weiterverarbeitung von Rohstoffen stimulieren sowie die Lieferungen von Energieressourcen in andere Regionen der Welt erhöhen, wo sie wirklich gebraucht werden."

Um das zu realisieren, werde Russland alle verfügbaren Möglichkeiten nutzen, betonte der Kremlchef. Dazu gehöre auch der Ausbau der innerrussischen Transportwege. Er ordnete an, noch in diesem Jahr mit dem Bau des sogenannten Sewerny Schirotny Chod ("Nördlicher Breitenweg") zu beginnen – einer rund 700 Kilometer langen Eisenbahnstrecke südlich der Halbinsel Jamal.

Wegen Russlands Sonderoperation in der Ukraine hat die Europäische Union einen Importstopp für russische Kohle beschlossen und weitere beispiellose Sanktionen verhängt. Vor einem Embargo für Öl und Gas schrecken Deutschland und andere Länder aber aus Furcht vor wirtschaftlichen Schäden bislang zurück.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6256c7d448fbef661c422ce1.jpg>

15:45 de.rt.com: **Ukrainische Stadt benennt Straßen um, die russische Künstler ehren**

Der Stadtrat der westukrainischen Stadt Iwano-Frankowsk hat für die Umbenennung einer Reihe von Straßen gestimmt, die nach berühmten Persönlichkeiten benannt wurden. Dazu gehören die Schriftsteller Lew Tolstoi und Fjodor Dostojewski, der Wissenschaftler Dmitri Mendelejew, der Maler Ilja Repin und der Komponist Pjotr Tschaikowski. Zu den Ersatznamen gehören unter anderem jene der ukrainischen Nationalistenführer und Nazikollaborateure Roman Schuchewitsch und Stepan Bandera. Insgesamt sollen 25 Straßen ihren Namen wechseln.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6256c661b480cc260664bfd2.jpg>

### 16:05 de.rt.com: **London verhängt Sanktionen gegen Regierungschefs der Volksrepubliken Lugansk und Donezk und Lawrows Frau**

Wegen ihrer Unterstützung für die prorussischen Separatistengebiete in der Ostukraine sind 178 Menschen von Großbritannien mit Sanktionen belegt worden. Die britische Außenministerin Liz Truss sagte am Mittwoch:

"Nach den schrecklichen Raketenangriffen auf Zivilisten in der Ostukraine bestrafen wir heute diejenigen, die die illegalen abtrünnigen Regionen stützen und sich an den Gräueltaten gegen das ukrainische Volk mitschuldig machen."

Ihre Behörde betonte, dieser Schritt sei lange geplant gewesen. Nun habe der Raketenangriff auf den Bahnhof der Stadt Kramatorsk, bei dem am Freitag mehr als 50 Menschen getötet wurden, die Regierung angespornt.

Die Maßnahmen würden mit der EU koordiniert, teilte das Außenministerium in London mit. Von diesem Donnerstag an werde zudem der Import von russischem Eisen und Stahl sowie der Export von Quantentechnologien verboten. Truss sagte:

"Wir werden weiterhin all diejenigen ins Visier nehmen, die Putins Krieg unterstützen."

Nach Angaben des britischen Außenministeriums zielen die neuen Sanktionen unter anderem auf die Regierungschefs der Volksrepubliken Lugansk und Donezk, Sergei Koslow und Alexander Anantschenko. Die Maßnahmen treffen auch Familienmitglieder und Mitarbeiter der russischen Oligarchen Oleg Deripaska und Michail Fridman sowie die Ehefrau des russischen Außenministers Sergei Lawrow, Maria Lawrowa. Insgesamt stünden 206 Personen auf der am Mittwoch beschlossenen Liste, hieß es in London. Sie dürfen nicht mehr ins Vereinigte Königreich einreisen und ihre Besitztümer im Land werden eingefroren.

Zuvor hatte die BBC einen Bericht mit der Nummer der Totschka-U-Rakete veröffentlicht, die in Kramatorsk eingeschlagen war. Die Seriennummer hätte bestätigt, dass es sich um eine ukrainische Rakete handelt und dass die ukrainischen Streitkräfte diesen Waffentyp bereits früher beim Beschuss des Donbass einsetzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6256d18cb480cc2d7e1f4657.jpg>

16:25 de.rt.com: **Kreml kommentiert Vorschlag zum Austausch von Wiktor Medwedtschuk**

Der Kreml sehe keine Möglichkeit, den ukrainischen Oppositionspolitiker Wiktor Medwedtschuk gegen gefangene ukrainische Soldaten auszutauschen, sagte Sprecher Dmitri Peskow am Mittwoch. Medwedtschuk sei kein Bürger Russlands und habe nichts mit der Militäroperation in der Ukraine zu tun. Peskow fügte jedoch hinzu, dass Russland das Schicksal von Medwedtschuk verfolgen werde, und forderte europäische Politiker auf, dasselbe zu tun.

Medwedtschuk habe sich immer für den Frieden eingesetzt. Wenn die Ideen seiner Partei berücksichtigt worden wären, wäre es womöglich nicht zu der Militäroperation gekommen, so Peskow.

Die Ukraine berichtete am Dienstag über Medwedtschuks Festnahme, zuvor war er trotz seines Hausarrestes untergetaucht. Präsident Wladimir Selenskij schlug daraufhin vor, den Politiker gegen gefangene ukrainische Soldaten auszutauschen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6256d0cd48fbef60c223e227.jpg>

17:47 (16:47) ria.ru: **Der Erfüllung der Ziele des Sondereinsatzes steht nichts im Wege – Außenministerium**

Nichts werde die Erfüllung der Ziele der Sonderoperation der Russischen Föderation in der

Ukraine verhindern: weder die Lieferung von Waffen durch westliche Länder nach Kiew noch die Einschüchterung, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

„Ich möchte noch einmal bestätigen: Keine Lieferung westlicher Waffen nach Kiew, keine terroristischen Methoden der Kriegsführung durch ukrainische bewaffnete Gruppen, nichts, einschließlich Einschüchterung, Propaganda, Fälschungen, Desinformation, Drohungen – nichts wird die Erfüllung der Ziele und Aufgaben beeinträchtigen die von der Führung der Russischen Föderation vorgegeben wurden“, sagte Sacharowa bei einem Briefing. Russland hat am 24. Februar eine Militäroperation in der Ukraine gestartet. Präsident Wladimir Putin nannte sein Ziel „den Schutz von Menschen, die seit acht Jahren dem Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt sind“. Ihm zufolge sei dafür die „Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine“ geplant. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation schlugen die Streitkräfte nur gegen die militärische Infrastruktur und die ukrainischen Truppen zu und haben am 25. März die Hauptaufgaben der ersten Phase abgeschlossen - sie haben das Kampfpotential der Ukraine erheblich reduziert. Das Hauptziel in der russischen Militärabteilung hieß die Befreiung von Donbass.



[https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/08/1782603719\\_0:349:3021:2048\\_1280x0\\_80\\_0\\_0\\_fab831fd9c97d7006052a24b7e6632f2.jpg](https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/08/1782603719_0:349:3021:2048_1280x0_80_0_0_fab831fd9c97d7006052a24b7e6632f2.jpg)

### 16:54 de.rt.com: **Gespräche mit US-Waffenindustrie: Pentagon rüstet sich für jahrelangen Krieg in der Ukraine**

Laut Informationen der Nachrichtenagentur Reuters soll am Mittwoch ein Treffen zwischen führenden Vertretern der US-Waffenindustrie und der stellvertretenden US-Verteidigungsministerin Kathleen Hicks geplant sein. Die Runde wolle demnach auch zukünftige Waffenlieferungen an die Ukraine erörtern.

Die USA bereiten sich offenbar auf einen langandauernden Krieg in der Ukraine vor. Demnach sei am Mittwoch ein Treffen zwischen führenden Vertretern der acht größten US-Waffenproduzenten und Vertretern des US-Verteidigungsministeriums geplant, um über die Sicherstellung der Lieferfähigkeit des Militärisch-Industriellen Komplexes der USA für die Ukraine zu sprechen, die für den Fall eines jahrelangen Kriegs zwischen Russland und dem osteuropäischen Land benötigt würde. Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf zwei angeblich über das beabsichtigte Treffen informierte Personen. Seit Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar 2022 unterstützten die NATO-Mitgliedstaaten die Ukraine nunmehr ganz offen durch nahezu tägliche Waffenlieferungen, was zu einer erhöhten Nachfrage insbesondere auch bei den Rüstungsherstellern führte. Nicht nur um den von der Ukraine reklamierten Bedarf an Waffen zu decken, sondern auch, um die

wegen – infolge der an das osteuropäische Land erfolgten Waffenlieferungen – teils leergefegter eigener Arsenale der westlichen Verbündeten wieder aufzufüllen. Dem Reuters-Bericht zufolge wird erwartet, dass bei dem Treffen im Pentagon am Mittwoch sowohl die Versorgung als auch die Planung für einen längeren Krieg erörtert werden.

Zu dem etwa anderthalbstündigen Treffen soll nach Aussage der beiden Informanten die US Defense Security Cooperation Agency (DSCA), eine für den Waffen Ein- und Verkauf zuständige Unterbehörde US-Verteidigungsministeriums, eingeladen haben. Sogar die stellvertretende Verteidigungsministerin Kathleen Hicks werde als Teilnehmerin erwartet, heißt es in dem Reuters-Bericht.

Demnach sei das Pentagon der Meinung, dass sich die kleineren Systeme wie Javelin-Panzerabwehrraketen und Stinger-Flugabwehrraketen in der Ukraine bisher als mitunter am nützlichsten erwiesen hätten. Fast täglich ginge eine Lieferung dieser Systeme in das Kriegsgebiet, so die Informanten. Die intensive Nutzung sowie die von den ukrainischen Streitkräften gezeigte Wirksamkeit auf dem Schlachtfeld hätten im US-Verteidigungsministerium das Interesse an der Aufstockung dieser Waffensysteme geweckt, so die Reuters-Quellen.

Die gemeinsam von Raytheon und Lockheed Martin hergestellte Javelin-Rakete wird als "das weltweit beste von der Schulter aus abzufeuern Panzerabwehrsystem" angepriesen, das in der Lage ist, Kampfpanzer zu zerstören. Das Stinger-Raketen-System von Raytheon wurde für den Abschuss von Hubschraubern und anderen tieffliegenden Flugzeugen konzipiert und von den USA und anderen NATO-Bündnispartnern im Zuge des Ukraine-Krieges bereits mehrfach an das osteuropäische Land geliefert. Laut den Informanten sollen an dem für Mittwoch angesetzten Treffen außerdem Vertreter der US-Waffenhersteller Boeing, Northrop Grumman, General Dynamics und L3Harris Technologies teilnehmen.

Um die wachsende Anzahl spezifischer Anfragen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg zu befriedigen, habe das US-Verteidigungsministerium zudem eigens ein Team gebildet, das die Voraussetzungen für den Verkauf und Transfer von in den USA hergestellten Waffen gemäß geltenden Genehmigungsverfahren der US-Regierung beschleunigt schaffen soll, so die beiden Informanten weiter.

Mit diesem Schritt reagiere das Pentagon auf die wachsende Anzahl von Anfragen nach Waffen, die überwiegend aus anderen NATO-Mitgliedsstaaten erfolgen würden. Den Informanten zufolge kämen die Anfragen vor allem von europäischen Verbündeten der USA, die sich durch solche Schritte weitere Waffentransfers an die Ukraine über Dritte erhoffen würden.

Das "Team für schnelle Reaktion" wurde wiederbelebt, um die bürokratischen Abläufe rund um die Verkäufe und Transfers der in den USA hergestellten Waffen zu koordinieren und zu vereinfachen, erklärten die Informanten gegenüber Reuters. Gleichzeitig sei das neue Team angewiesen, den Anfragen der US-Verbündeten Priorität einzuräumen, so die Quellen weiter. Laut einer von Reuters eingesehenen E-Mail hat die DSCA die Rüstungsindustrie unter anderem kürzlich um Geräte gebeten, die zur Deaktivierung oder zum Abschuss von Drohnen verwendet werden können und die entweder Lagerbestand sind oder innerhalb von 120 Tagen geliefert werden können. "Angesichts der anhaltenden Krise in Europa setzt die US-Regierung ihre Bemühungen fort, wirksame Lösungen zu finden, die der Ukraine in der aktuellen Situation helfen könnten. Einer unserer Schwerpunktbereiche sind C-UAS", heißt es in der Mitteilung.

Die Technologie zur Bekämpfung kleiner unbemannter Luftfahrtsysteme (sogenanntes Counter Unmanned Air System; C-UAS), zu der auch Systeme wie Javelin-Panzerabwehrsysteme und Stinger-Flugabwehrraketen gehören können, wird überwiegend zur Abwehr von Drohnen eingesetzt. Es gibt auch größere Versionen von Elektronischen Luftverteidigungssystemen, darunter eines von SRC Inc., die ein Gebiet von der Größe eines Stadions abschirmen können. Die Kosten für die größeren Systeme belaufen sich jedoch auf 3

bis 6 Millionen US-Dollar pro Einheit, was sie für einen großflächigen Einsatz eher unrentabel macht.

"Wir glauben, dass die beste Art und Weise, die ukrainische Verteidigung zu unterstützen, darin besteht, ihr die Waffen und Systeme zur Verfügung zu stellen, die sie am dringendsten benötigt, um die russischen Angriffe abzuwehren, insbesondere Panzerabwehr und Luftabwehr", sagte Pentagon-Sprecher John Kirby kürzlich, wobei auch er auf die Verteidigungssysteme der Rüstungshersteller Raytheon und Lockheed Martin verwies.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62569cec48fbef60c223e1e0.jpg>

#### 17:25 de.rt.com: **Europäische Weltraumorganisation setzt Zusammenarbeit mit Russland bei Luna-Mondmissionen aus**

Die europäische Raumfahrtagentur ESA hat bekannt gegeben, angesichts der russischen Militäraktivitäten in der Ukraine die Zusammenarbeit mit Russland beim Luna-Mondsonden-Programm bis auf Weiteres zu suspendieren. In einer Erklärung teilte die Organisation mit: "Die ESA setzt die gemeinsamen Aktivitäten mit Russland bei den Missionen Luna 25, 26 und 27 aus."

Der Generaldirektor der ESA habe zudem eine Überprüfung aller Operationen unter der Beteiligung Russlands und der Ukraine angeordnet, um "die möglichen Auswirkungen des neuen geopolitischen Kontextes auf die Programme und Aktivitäten der ESA zu bestimmen und eine nachhaltigere und zuverlässigere Weltrauminfrastruktur für Europa zu schaffen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6256d7f948fbef56834fbb24.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 13. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben Arbeiten zum Anschluss der zuvor montierten Basisstation in Mariupol im Stadtteil Wostoschnyj durchgeführt, es wurden 100 Meter Hochspannungsleitung am Abschnitt Talakowskaja – Talakowka repariert.

In Granitnoje und Staroignatjewka wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

**Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums** der DVR registrieren in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als 900 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Ein **Busroute aus Donezk nach Wolnowacha** über Jelenowka, Dokutschajews, Nikolajewka und Bugos wurde eingerichtet.

**Kräfte des Zivilschutzministeriums** der DVR haben auf den befreiten Territorien mehr als 1,5 Hektar untersucht und 112 explosive Objekte entschärft.

20 Tonnen Wasser und mehr als 6 Tonnen humanitäres Brot wurden nach Mariupol geliefert. In 4 Ortschaften wurden mobile Verkaufseinrichtungen organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

#### 17:45 de.rt.com: **Selenskij drängt EU zu Embargo für russisches Öl**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat die EU-Staaten erneut zu einem entschlossenen Vorgehen gegen Russland aufgerufen. In einer Videoansprache im estnischen Parlament drängte er darauf, dem neuen Sanktionspaket ein Importverbot für russisches Öl hinzuzufügen. Es brauche ein europaweites Embargo, betonte der ukrainische Präsident am Mittwoch. Sanktionen seien das einzige Instrument, das Russland zum Frieden zwingen könne. Selenskij sagte:

"Wenn Europa Zeit verschwendet, wird Russland dies nutzen, um das Kriegsgebiet auf weitere Länder auszudehnen.

Wir können Russland entweder aufhalten – oder ganz Osteuropa für sehr lange Zeit verlieren."

Estlands Regierungschefin Kaja Kallas stimmte Selenskij in ihrer Reaktion auf seine Ansprache zu. Nach der Rede des ukrainischen Präsidenten twitterte sie:

"Wir brauchen jetzt harte Energiesanktionen gegen Russland. Wir können die Aggression nicht weiter finanzieren."

Dafür sei schnellstmöglich ein Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs nötig, so Kallas.

Selenskij warf in seine Rede russischen Truppen vor, mehr als eine halbe Million Ukrainer nach Russland verschleppt zu haben. Dies entspreche der Einwohnerzahl von Estlands Hauptstadt Tallinn und einem Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes, sagte er. Auch Kallas prangerte mit klaren Worten das russische Vorgehen in der Ukraine an. Sie teilte mit:

"Der Krieg Russlands gegen die Ukraine weist deutliche Spuren eines Völkermords auf." Alle Verantwortlichen müssten vor Gericht gestellt und bestraft werden. Estland werde die Ermittlungen auf jede erdenkliche Weise unterstützen, erklärte die Ministerpräsidentin des baltischen EU- und NATO-Landes.

Russland hatte am 24. Februar eine militärische Sonderoperation in der Ukraine gestartet. Wie der russische Präsident Wladimir Putin erklärte, ist deren Ziel, die Ukraine zu entnazifizieren und zu entmilitarisieren und die Bewohner des Donbass zu schützen, die seit acht Jahren einem Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt sind.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6256e219b480cc2b9d280cc6.jpg>

**abends:**

lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik hat in einem Erlass die Tätigkeit der OSZE-Mission in der LVR mit Wirkung vom 30. April verboten (wie dies vor einigen Tagen schon in der DVR geschehen ist).

19:10 (18:10) rusvesna.su: **Viele hochrangige Offiziere flohen aus der Ukraine – Arestowitsch**

Zu Beginn der Spezialoperation seien viele Offiziere aus der Ukraine geflohen, darunter auch Generäle. Dies sagte der Berater des Leiters des Büros des ukrainischen Präsidenten Alexej Arestowitsch.

„Natürlich sind viele Menschen geflohen. Wenige Leute sprechen darüber. Eine große Anzahl hochrangiger Offiziere floh, eine große Anzahl Generäle. Es gab stundenlange Debatten in den Ministerien der Ukraine, dass es Zeit sei, wegzulaufen. Außer dem Verteidigungsministerium höchstwahrscheinlich. Und einige angesehene Leute sagten: „Ich bin ein alter sowjetischer Soldat, ich weiß, dass wir am Arsch sind, eine Sache von ein paar Stunden“, sagt Arestowitsch.

Auch gab es Vorschläge, sich in den Westen zu evakuieren und "von dort aus den verbleibenden Widerstand zu lenken".

Seiner Meinung nach werde die Ukraine noch mehrere militärische Auseinandersetzungen mit Russland haben.

„Entweder mit Putin oder mit Nawalny werden wir bis 2032-35 mindestens zwei oder drei weitere Runden mit Russland haben. Nicht so groß, aber doch hinreichend groß. Und zwei kleine - Zwischenfälle an der Grenze, ein Versuch, Charkow separat zu erobern und Mariupol. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% wird das so sein“, glaubt Arestowitsch.

#### 18:30 de.rt.com: **Schweiz verhängt neue Sanktionen gegen Russland und Weißrussland**

Die Schweiz verschärft ihr Vorgehen gegen Russland und Weißrussland und übernimmt die entsprechenden EU-Sanktionen. Das fünfte Maßnahmenpaket umfasst unter anderem ein Importverbot für Kohle, Holz und Wodka sowie ein Exportverbot für Kerosin. Sanktioniert werden zudem 200 Personen und Unternehmen aus Russland. Auf der Sanktionsliste stehen unter anderem zwei Frauen, die als mutmaßliche Töchter Wladimir Putins gelten. Das neue Paket umfasst allerdings keine Transportverbote, da deren Übernahme aufgrund der geografischen Lage der Schweiz nicht notwendig seien, erklärte Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Ferner sagte er:

„Die Maßnahmen treffen auch die Schweizer Wirtschaft, sind aber verkräftbar.“

Die neuen EU-Sanktionen gegen Russland waren vergangenen Freitag in Kraft getreten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6256d79148fbef5e540d99a1.jpg>

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 13.4.22**

**Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner 186 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und 122mm-Rohrartillerie abgefeuert.**

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **5 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression starb **ein Zivilist, 3 wurden verletzt**. 16 Wohnhäuser, 2 zivile Infrastrukturobjekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der**

## **Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 54 ukrainische Nationalisten, 2 Schützenpanzer und 3 einen Lastwagen vernichtet. 2 122mm-Artilleriegeschütze 2S1 „Gwodsдика“ wurden erbeutet.

## **Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 35 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben, 17 wurden verletzt.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 10. März 2022 geriet in Iltschewsk ein Maschinengewehrschütze der 6. Panzergrenadierkompanie des 2. Panzergrenadierbataillons der 5. Brigade Feldwebel Alexandr Dmitrijewitsch Gurin, als er als Mitglieder einer Evakuierungsgruppe zu einem verletzten Soldaten ging, um ihm erste Hilfe zu leisten, unter Kreuzfeuer des Gegners. Trotz der ungünstigen Lage und dem aufgezwungenen Kampf mit überlegenen Kräften des Gegners handelte er kühn und entschlossen und konnte den Gegner abdrängen, eine günstige Feuerposition einnehmen und zwei Feuerpunkte der Nationalisten vernichten. Trotz seiner Verletzung konnte Feldwebel A.D. Gurin zu seinem verletzten Kampfgenossen gelangen, ihm erste Hilfe leisten und ihn zu den Positionen seiner Einheit bringen und so sein Leben retten.

## **19:00 de.rt.com: Tschechische Diplomaten kehren nach Kiew zurück**

Tschechische Diplomaten kehren wieder in die ukrainische Hauptstadt zurück. Am Mittwoch wurde vor dem Botschaftsgebäude in Kiew wieder die weiß-rot-blaue Flagge gehisst, teilte das Prager Außenministerium mit. Dies sei einer von vielen Schritten, die unternommen würden, um die Unterstützung für die Ukraine sicherzustellen. "Tschechien stand und wird immer hinter der Ukraine stehen", hieß es auf [Twitter](#).

Nach Beginn des Krieges am 24. Februar hatte die Tschechische Republik ihr Botschaftspersonal umgehend in Sicherheit gebracht.

## **19:10 de.rt.com: Ukrainische Nationalisten sprechen in sozialen Medien über Anschlag am "Tag des Sieges" in Berlin**

In geschlossenen Telegram-Kanälen rufen proukrainische Betreiber dazu auf, "prorussische" Deutsche und Russen in Deutschland zu "lynchen" und "hinzurichten". Für den 9. Mai in Berlin wurde in einem der Kanäle ein Terroranschlag auf die traditionelle Siegesfeier angekündigt. Bislang bleibt das Treiben ungestraft.

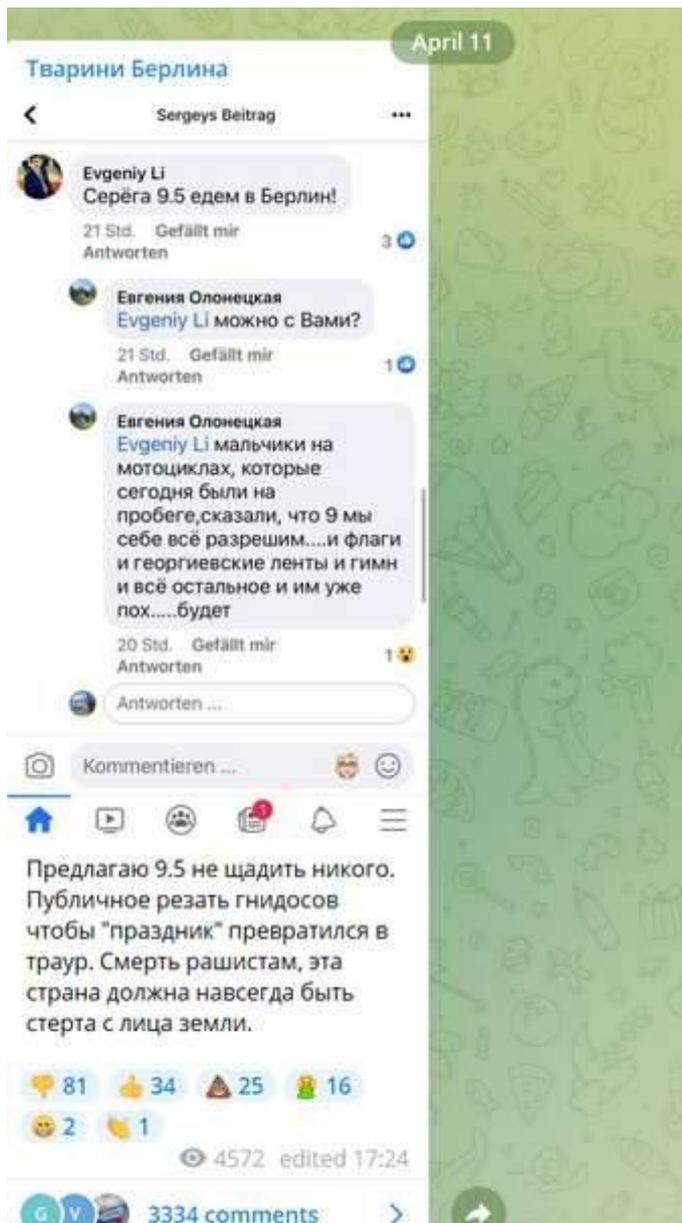


<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6256d47c48fbef397921de23.jpg>

*["Friedliche Demonstranten" auf dem Maidan in Kiew 2013/2014. Demnächst auch in Berlin?]*

Ukrainische Nationalisten planen in einem geschlossenen Telegram-Kanal einen terroristischen Überfall auf die Feierlichkeiten am 9. Mai im Treptower Park in Berlin. Der Betreiber des Kanals mit 1.900 Abonnenten schrieb am Dienstag:

"Ich schlage vor, am 9.5. niemanden zu schonen. Die (Schimpfwort) in der Öffentlichkeit zu erstechen, damit aus dem 'Feiertag' ein Trauertag wird. Tod den Russen, dieses Land muss für immer vom Erdball getilgt werden!"



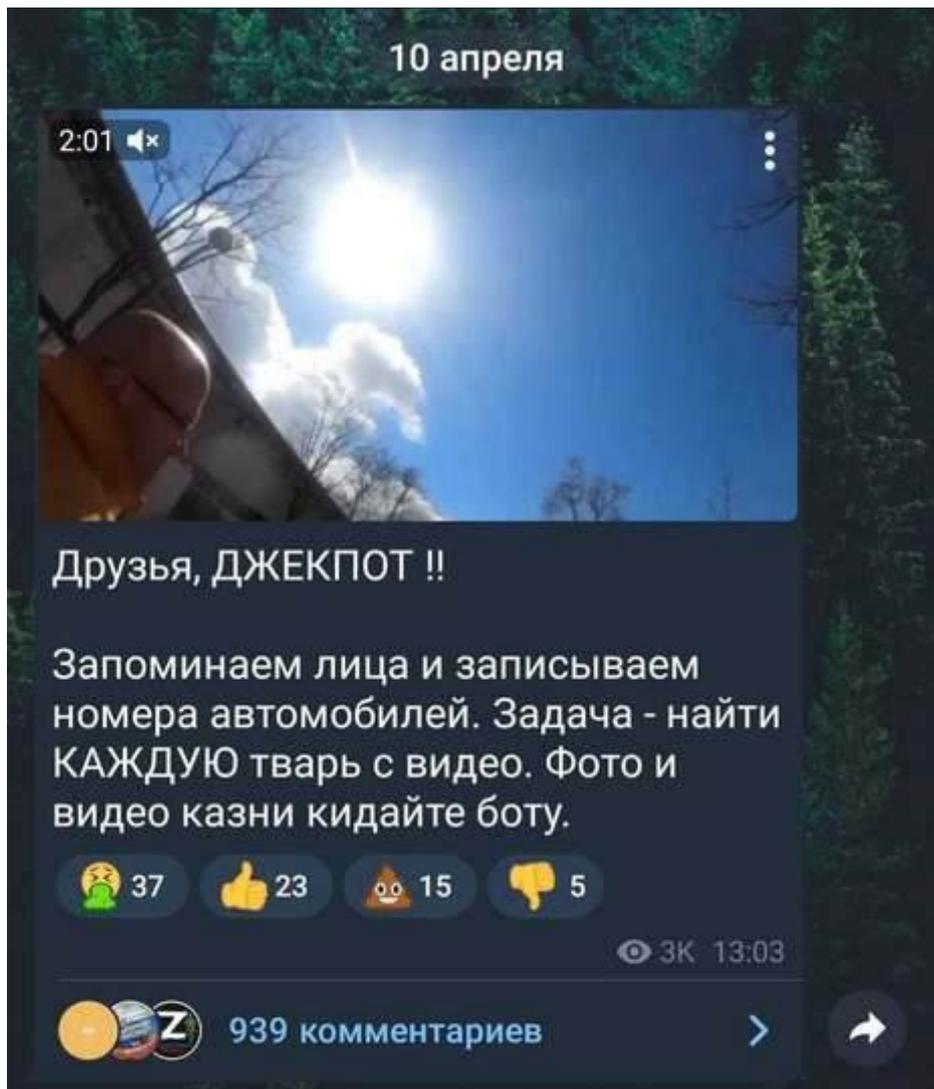
<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6256d26cb480cc2b9d280ca9.PNG>

*[Screenshot des Terroraufrufs am 11.04.2022]*

Diesen Aufruf schrieb der anonyme Betreiber des Kanals unter dem Screenshot eines Chatverlaufs, in dem sich zwei Personen auf Russisch verabreden, an der zentralen Siegesfeier am 9. Mai im Berliner Treptower Park teilzunehmen.

Der Kanal "Tiere Berlins" wird von ukrainischen "Patrioten" dazu genutzt, persönliche Daten von Russen in Deutschland und solchen Deutschen, die mit Russland sympathisieren, zu sammeln. Unter anderem werden auch Kennzeichen von Pkw gezeigt, die an Autokorsos gegen Russophobie teilgenommen haben. In den Texten wird immer wieder dazu aufgerufen, die "ermittelten Russlandfreunde" aufzusuchen und zu lynchen.

So fordert eine Mitteilung am 10. April unter einem geposteten Video, das Teilnehmer eines Autokorsos und die Kennzeichen der Pkw zeigt, "jeden dieser Tiere" zu finden und aufzusuchen. Fotos und Videos "der Hinrichtung" sollen dem Betreiber zugesandt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6256d120b480cc2d21664760.jpg>

[Screenshot des Telegramkanals]

In einem anderen Post ist ausdrücklich vom "Lynchen" die Rede.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6256d2c5b480cc2b9e2581dd.PNG>

### 19:26 de.rt.com: **Russisches Militär bestätigt Niederlegung der Waffen von 1.000 ukrainischen Soldaten in Mariupol**

Das russische Verteidigungsministerium hat offiziell die Informationen bestätigt, dass sich über 1.000 ukrainische Militärangehörige in Mariupol ergeben haben. Es handelt sich um Marineinfanteristen. Nun steht ihnen ein Verhör bevor.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sollen über 1.000 ukrainische Marinesoldaten in Mariupol die Waffen niedergelegt haben. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, erklärte in diesem Zusammenhang am Mittwoch:

"In der Stadt Mariupol in der Nähe des Iljitsch-Hüttenwerks haben 1.026 ukrainische Soldaten der 36. Marinebrigade freiwillig die Waffen niedergelegt und sich ergeben, nachdem die russischen Streitkräfte und Milizen der Volksrepublik Donezk erfolgreich gegen sie vorgegangen waren."

Unter den ukrainischen Soldaten, die kapituliert haben, befanden sich 162 Offiziere und 47 Soldatinnen, fügte der Sprecher des Verteidigungsministeriums hinzu. Die Verletzten seien dabei medizinisch versorgt worden, hieß es weiter:

"Die 151 verwundeten ukrainischen Soldaten der 36. Marinebrigade wurden an Ort und Stelle medizinisch erstversorgt und anschließend zur Behandlung in das Stadtkrankenhaus von Mariupol gebracht."

Zuvor hatte das Hauptquartier für territoriale Verteidigung der Donezker Volksrepublik mitgeteilt, dass sich mehr als 1.000 ukrainische Soldaten den DVR-Kräften in Mariupol unterworfen hätten. Das Hauptquartier am Mittwochmorgen wörtlich:

"Weitere 1.009 ukrainische Soldaten in Mariupol haben ihre Waffen niedergelegt und beschlossen, ihr Leben zu schonen und sich einer Gruppe von DVR-Truppen zu ergeben."

Russische Ermittler würden mit den ukrainischen Militärgefangenen aus Mariupol Ermittlungsmaßnahmen durchführen, so die offizielle Sprecherin des Ermittlungsausschusses Swetlana Petrenko. Sie unterstrich:

"Ihre Aussagen könnten für die Strafverfahren, die die Behörde im Zusammenhang mit den Ereignissen im Donbass und in der Ukraine untersucht, von Bedeutung sein."

Petrenko betonte, dass der Leiter des Untersuchungsausschusses Alexander Bastrykin "auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, die internationalen Gesetze einzuhalten, die besagen, dass Kriegsgefangene immer menschlich behandelt werden müssen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6256e1ce48fbef5e540d99b3.jpg>

### 19:30 de.rt.com: **Erwünscht, oder nicht? – Selenskij-Berater dementiert Steinmeier-Ausladung**

Sergei Leschtschenko, Berater des Stabschefs des ukrainischen Präsidenten, hat dementiert, dass die Ukraine den Vorschlag des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, die Ukraine zu besuchen, abgelehnt habe. In einem Interview mit CNN bestritt der hohe ukrainische Beamte einen Bericht der Bild-Zeitung, wonach Steinmeier wegen seiner angeblich engen Beziehungen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin und zum russischen Außenminister Sergei Lawrow in der Ukraine eine unerwünschte Person sei. Bundespräsident Steinmeier hatte am Dienstag zunächst angekündigt, Kiew mit seinem polnischen Amtskollegen sowie den Präsidenten von Estland, Litauen und Lettland besuchen zu wollen. Die Bild-Zeitung berichtete in diesem Zusammenhang, dass Selenskij Steinmeiers Besuchspläne wegen dessen enger Beziehungen zu Russland und seiner jahrelangen Unterstützung für die Gaspipeline Nord Stream 2 abgelehnt habe. Dazu sagte Leschtschenko: "Diese Einschätzung ist nicht zutreffend."

Seinerseits warb der ukrainische Präsidentenberater Alexei Arestowitsch um Verständnis für die Absage seiner Regierung an einen Besuch von Steinmeier in Kiew. Er kenne die Gründe nicht, doch die Politik und die Entscheidungen von Präsident Wladimir Selenskij seien sehr ausgewogen, sagte der Präsidentenberater am Mittwoch im ARD-"Morgenmagazin". Er teilte auch mit:

"Unser Präsident erwartet den Bundeskanzler (Olaf Scholz), damit er unmittelbar praktische Entscheidungen treffen könnte auch inklusive die Lieferung der Waffen."

Der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrei Melnyk, wiederholte die Einladung für Kanzler Olaf Scholz und verknüpfte diese mit dem Wunsch, dass der Kanzler die Zusage für die Lieferung schwerer Waffen mitbringen möge. Der SPD-Politiker ließ eine Reise nach Kiew jedoch weiter offen. Er verwies in einem rbb-Interview am Mittwoch darauf, dass er früher schon in der Ukraine gewesen sei und jetzt regelmäßig mit Präsident Wladimir Selenskij telefoniere.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6256f23048fbef5b91005a73.jpg>

### 19:50 de.rt.com: **Ehefrau des Oppositionspolitikers Medwetschuk fordert Freilassung ihres Gatten**

Oxana Martschenko, die Ehefrau des ukrainischen Oppositionspolitikers Wiktor Medwedtschuk, hat sich in einer Videobotschaft an Wladimir Selenskij gewandt. Sie [forderte](#) den ukrainischen Präsidenten auf, ihren Mann freizulassen.

Sie sagte, Medwedtschuk habe keine Gesetze verletzt und das Land nicht verlassen. Er habe sich immer für Frieden und Dialog in der Ukraine eingesetzt. Es bestehe kein Zweifel, dass ihr Gatte aus politischen Gründen verfolgt werde. "Ich warte auf Ihre Reaktion", sagte Martschenko.

In einem weiteren Video, wo Martschenko demonstrativ ein Kopftuch trägt, [wandte](#) sie sich an den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan mit der Bitte, auf die Freilassung ihres Mannes hinzuwirken.

Die Ukraine hatte am Dienstag berichtet, Medwedtschuk sei festgenommen worden. Präsident Selenskij schlug vor, gefangene ukrainische Soldaten gegen den Politiker auszutauschen.

### 19:58 de.rt.com: **Macron bezeichnet Russen und Ukrainer als Brudervölker**

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat sich geweigert, die Handlungen der russischen Streitkräfte in der Ukraine als Völkermord zu bezeichnen. Stattdessen charakterisierte er Russen und Ukrainer als brüderliche Völker.

Emmanuel Macron wollte die Geschehnisse in der Ukraine nicht Völkermord nennen, wie Biden es zuvor getan hatte. Nach Ansicht des französischen Präsidenten sei es sinnvoll, "vorsichtiger mit den Begriffen umzugehen". In der Erklärung hieß es:

"Ich würde mit den Begriffen vorsichtig sein, es macht Sinn. Das ukrainische und das russische Volk sind brüderliche Völker."

Macron unterstrich, dass das, was in der Ukraine geschehe, "Wahnsinn, eine unerhörte Brutalität" sei, und er würde die Gelegenheit nicht verpassen wollen, über einen Waffenstillstand zu sprechen:

"Ich bin mir nicht sicher, ob eine verbale Eskalation dazu beitragen wird."

Er fügte hinzu, dass die Täter von Kriegsverbrechen gefunden und vor Gericht gestellt werden müssen. Seit Ende Februar telefonierte Macron neunmal mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, genauso oft wie mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij. Zudem reiste der französische Staatschef Anfang Februar zu einem persönlichen Treffen mit Putin nach Moskau.

Die häufigen Kontakte Macrons zu Putin riefen in Polen Kritik hervor. Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki bemängelte, Macrons Gespräche hätten nicht dazu

beigetragen, ein militärisches Vorgehen in der Ukraine zu verhindern und forderte "klare und entschiedene" Sanktionen gegen Russland.

Macron reagierte darauf, indem er Morawiecki beschuldigte, sich in den französischen Wahlkampf einzumischen und seine Rivalin Marine Le Pen zu unterstützen. Der französische Staatschef bezeichnete die Gespräche mit Putin als seine Pflicht und unterstrich, dass er den russischen Präsidenten "im Gegensatz zu anderen" nie begünstigt habe.

Medienberichten zufolge, soll Emmanuel Macron seine Pläne offengelegt haben, bald wieder Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin führen zu wollen, ebenso wie mit dem ukrainischen Staatschef Wladimir Selenskij. Jedoch gab der russische Präsidensprecher Dmitri Peskow bekannt, ein Gespräch mit dem französischen Staatsoberhaupt stehe derzeit noch nicht auf dem Terminplan von Wladimir Putin.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6256d9d5b480cc419817e738.jpg>

#### 20:30 de.rt.com: **Moskau: Handelshafen von Mariupol von Asow-Kämpfern vollständig befreit**

Der kommerzielle Seehafen in Mariupol sei vollständig von Asow-Kämpfern befreit worden, sagte der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, am Mittwochabend. Alle Geiseln, die auf Schiffen festgehalten wurden, seien freigelassen worden, betonte er.

Konaschenkow zufolge würden die restlichen Einheiten der ukrainischen Truppen und der Asow-Truppen, die sich in der Stadt befinden, blockiert und hätten keine Chance, der Einkreisung zu entkommen.

#### 20:48 de.rt.com: **Russische Streitkräfte zu Angriffen auf ukrainische Kommandozentren bereit**

Russlands Verteidigungsministerium meldet Anschlagversuche ukrainischer Truppen auf russischem Gebiet. In Wiederholungsfällen werde die bisherige Zurückhaltung vor Angriffen auf ukrainische Entscheidungszentren aufgegeben, heißt es in einer offiziellen Mitteilung. Dem russischen Verteidigungsministerium seien Anschlagversuche durch ukrainische Truppen gegen Objekte in Russland bekannt. Sollten sich diese fortsetzen, behalte sich die russische Armee Angriffe gegen ukrainische Kommandozentren vor, verkündete das Ministerium am Mittwochabend. Davor habe man sich mit solchen Maßnahmen zurückgehalten.

"Wir sehen Versuche ukrainischer Streitkräfte, gegen Objekte auf dem Gebiet der Russischen Föderation Diversionen und Anschläge durchzuführen. Wenn solche Vorfälle sich fortsetzen, werden die Streitkräfte der Russischen Föderation Entscheidungszentren, darunter auch solche in Kiew, angreifen, wovon sich die russische Armee bisher zurückgehalten hat", sagte Igor Konaschenkow, der Sprecher des Verteidigungsministeriums, in einer offiziellen

Videoansprache.

Zuvor hatte eine Bezirksverwaltung im russischen Gebiet Kursk gemeldet, dass der Grenzübergang im Dorf Gordejewka unter Beschuss genommen wurde. Verluste hätte die russische Seite dabei nicht erlitten, so die weitere Mitteilung.

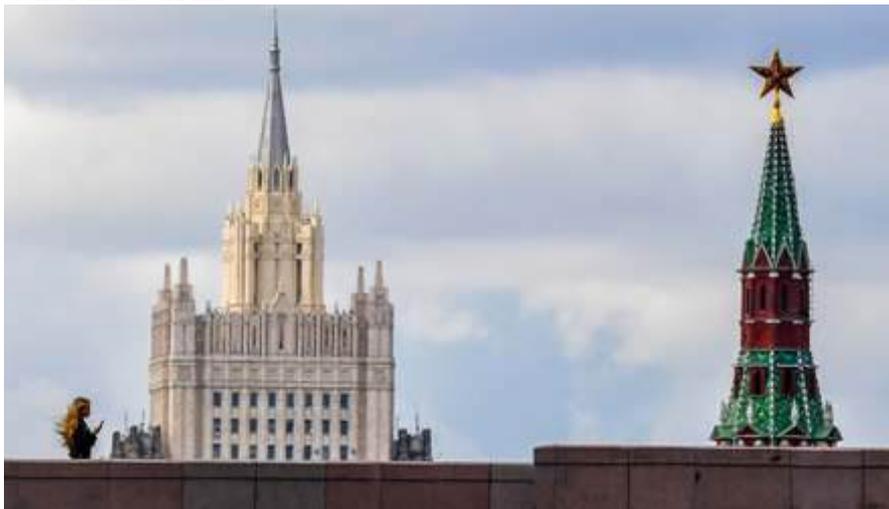


<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625711f848fbef5b91005a8b.jpg>

### 21:20 de.rt.com: **Moskau verbietet 398 US-Abgeordneten und 87 kanadischen Senatoren die Einreise**

Als Reaktion auf US-Sanktionen hat Russland ein Einreiseverbot gegen 398 Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses verhängt. Es handele sich um eine Antwort auf die Ende März von der US-Regierung verkündeten Sanktionen gegen die russische Staatsduma, teilte das Außenministerium in Moskau am Mittwochabend mit.

Das Einreiseverbot gilt außerdem für 87 kanadische Senatoren. Angesichts immer neuer Sanktionen gegen Russland seien aus Moskau weitere Gegenmaßnahmen geplant, hieß es aus dem Ministerium.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62571c2b48fbef5e540d99d5.jpg>